

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

33 (9.2.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verkaufspreis: Durch unsere Träger 5.- M. einsech. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Klagen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.50 M. — ohne Ausgabe- u. Postgebühren monatl. Einzelkempl. 25.-

Ausgabe: Mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24, Karlsruhe; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491

Anzeigen: Die 1baltige Kolonietzelle 1.- M. • Die Reklamezelle 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif — Annahmefrist 5 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Neue Debatten im französischen Parlament

Forderung nach Erhöhung der deutschen Steuern

Paris, 8. Febr. (Kammerverhandlungen.) Bei der Fortsetzung der Debatte über das Pariser Abkommen erklärte der Abgeordnete, nach seiner Ansicht dürfte man sich keine Illusionen machen über das, was man von einem besiegten Feinde erhalten kann, es sei denn, man erhält es sofort. England sei so klug gewesen, sofort die deutsche Flotte zu verlangen. Er zweifelt, daß Deutschland bezogen werde. Man müsse die Ruhr besetzen und das Rheinland der preussischen Herrschaft entreißen.

Abg. Klotz sagte, man verlange von der Kammer heute eine Entscheidung von hoher Bedeutung. Ministerpräsident Briand erklärte, die Entschlüsse seien Angelegenheiten der Alliierten. Nur die Entschlüsse würden Deutschland mitgeteilt. Nach dem Friedensvertrag von Versailles dürften die Deutschen keine Maßnahmen machen, die die Alliierten annehmen oder zurückziehen könnten. Wenn wir, sagte Briand, den Deutschen die Zwangsmaßnahmen mitgeteilt hätten, hätte es den Anschein erweckt, daß es den Deutschen genütze; wäre Bemerkungen darüber zu machen. Das aber glauben wir nicht.

Klotz fuhr fort: Wir sind vollkommen einverstanden. Nach seiner Ansicht stelle das Abkommen von Paris eine Paulschuldsumme mit einem Zinssatz von 10 Proz. dar. Es sei unerlässlich, daß die Kammer darüber Auskunft erhalte, ob Frankreich 50 Milliarden Goldmark von Deutschland erhalte. Wie hoch sei gegenüber dieser Summe die auswärtige Schuld Frankreichs? Amerika schulde man 16,5 Milliarden. Er zweifle nicht daran, daß die Engländer und Amerikaner in Betracht ziehen würden, welche Opfer Frankreich für die gemeinsame Sache gebracht habe. Klotz sprach von dem von der Annulierung der inaktiven Kriegsschulden. Jetzt habe Frankreich ohne Gegenleistung von seiner Forderung einen Nachlass gewährt.

Briand erklärte, man hätte bis zum Monat Mai den Gesamtbetrag der Reparationsschuld festzusetzen. Das habe gewiß Zinnschuld, aber durch ein Einverständnis der Alliierten sei man darüber einig geworden. Das sei das wesentliche Merkmal der Konferenz von Paris. Ohne dieses Einverständnis wäre Frankreich isoliert und der Vertrag würde nicht mehr gelten.

Zwischen dem Abg. Klotz und Ministerpräsident Briand entspann sich hierauf ein Zwiegespräch. Klotz sagte: Ich hoffe, daß die Regierung auch mit unseren Verbündeten von der Mobilisierung unserer Schulden gesprochen hat. Briand erwiderte: Wenn ich daran nicht gedacht hätte, wäre ich nicht würden, an dieser Stelle zu stehen. — Klotz fuhr fort: Ich zweifle nicht daran, aber Sie haben gesagt, daß das Instrument Frankreichs, also der Friedensvertrag, nicht lebendig sei; haben Sie heute etwas Besseres vorgeschlagen? Briand rief aus: Nein, Herr Klotz! Auch in 14 Tagen werde ich Ihnen nicht die Lösung aller Probleme bringen können, die Sie über ein Jahr vorgeschlagen zu lösen gesucht haben. Briand fuhr fort: Ich habe gesagt, was noch zu erledigen bleibt, und ich wiederhole mit Nachdruck, daß ich das ganze Vertrauen der Kammer nötig habe, um die Verhandlungen fortzusetzen. Klotz erwiderte: Sie wollen also die Verantwortlichkeit der Kammer an die Stelle Ihrer eigenen Verantwortlichkeit setzen. Der Ministerpräsident sagte: Ich habe der Kammer, deren allgemeines Vertrauen mir vorher bewilligt wurde, Aufklärungen über das erste Abkommen der Alliierten gegeben. Das war meine Pflicht. Sofort ist man mit Interpellationen gekommen und man hat von mir Aufklärungen verlangt. Man wollte, daß ich schon im Voraus über die Verhandlungen berichten sollte. Ich habe Ihnen kein Protokoll zur Unterzeichnung vorgelegt. Ich habe Ihnen nur eine allgemeine Orientierung gegeben. Das ist eine viel größere Klarheit als damals, als man von uns verlangte, den Friedensvertrag anzunehmen oder abzulehnen. Heute handelt es sich darum, ob die Kammer Vertrauen zur Regierung hat oder nicht.

Klotz antwortete, es handelt sich jetzt um das Leben eines Volkes, jedoch nicht um eine einfache Vertrauensfrage für die Regierung. Frankreich müsse den Zinsendienst zu seinen Lasten nehmen, um die Reparation zu bezahlen, die vollkommen Deutschland schuld ist. Das sei nicht nur gegen den Waffenstillstandsvertrag, sondern entgegen dem Frieden.

Mit den 14 Punkten Wilsons hätten die Deutschen die Entschuldigungsverpflichtung angenommen, sonst wäre der Waffenstillstand nicht abgeschlossen worden. Es sei nicht möglich, daß die französische Kammer die neuen Steuerforderungen prüfe, bevor nicht die deutsche Budget umgeändert werde. Der deutsche Steuerzahler zahle nur 15 Prozent, der französische aber 30 Prozent. Die Kammer könne heute nicht abstimmen, bevor sie nicht klare Aufklärungen über die Mobilisierung der französischen Forderungen habe, über die Vereinbarungen, über die Mobilisierung der französischen Forderungen und besonders über die Regelung der äußeren Schuld, über die Aufrechterhaltung der territorialen Sicherheiten und über die Finanzpolitik. Man wolle versichert sein, daß der französische Steuerzahler nicht die Zinsen zahlen müsse für die Summe, die Frankreich vom Besiegten zu erhalten hat.

Nach Briand ergriff Minister Loucheur das Wort; er behauptete, daß die Kammer Aufklärungen verlange, bevor man nach London gehe. Deutschlands Schuld betrage 200 bis 210 Milliarden Goldmark. Davon erhalte Frankreich 52 Prozent. Man rede damit, daß der Wechselkurs in acht Jahren wieder normal sei. — Der Abg. Tardieu will unterbrechen; Minister Loucheur ersucht ihn, davon Abstand zu nehmen, um dem Lande nicht das Schauspiel zu geben, daß zwei Männer wie er und Tardieu sich in der Kammer ganken. Loucheur erläuterte alsdann das Nähere der Fragen, die im Friedensvertrag von der Reparationskommission abhängen, und verleiht die absoluten Offerten des Vertrages mit dem Abkommen von Paris. Wir erkennen an, daß Frankreich auf der Pariser Konferenz Opfer gebracht hat (Wemutung), aber es fragt sich, welche? Vor einem Jahr hätten die Alliierten den bedeutendsten Finanzleuten den Auftrag erteilt, zu erklären, wie man Deutschland dazu bringen könne, 200 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Es sei ein Verstoß, zu glauben, daß Deutschland anders zahlen könne, als mit den Reichsmünzen, die es durch den Erwerb erhalten. Man sage, Deutschland könne Frankreich nur zahlen, indem es Frankreich auf dem Weltmarkt zu seinen Ungunsten Konkurrenz mache, aber nur Konkurrenz mache, wenn man es gehen lasse und

keine Konkurrenz mache, wenn man zu handeln verleihe. Das hätte er Klotz und Tardieu klar zu machen versucht. Die deutsche Handelsbilanz müsse 12—13 Milliarden Goldmark aktiv bleiben. Er glaube, daß die deutsche Ausfuhr 20—25 Milliarden Goldmark betragen könne. Deutschland habe vor dem Krieg für 18 Milliarden exportiert.

Regierungskrise in Bayern?

M. Berlin, 8. Febr. Das Reichskabinett hat gestern die Beratungen über die auf die Pariser Note zu erlassende Antwort begonnen. Zu bestimmten Beschlüssen kam man noch nicht, sondern es wurde nur über die Richtlinien gesprochen, nach denen die Antwort zu erlassen wäre. Ferner kann gesagt werden, daß das Kabinett unbedingt auf dem Standpunkt verharre, dem Reichsminister des Innern Dr. Simons in seiner Reichstagsrede Ausdruck gegeben hat. Die Beratungen werden voraussichtlich heute nachmittags fortgesetzt werden.

Inzwischen blüht man auch in Regierungskreisen mit größter Spannung auf die für heute zu erwartende Entscheidung der Dinge in Bayern, wo die Stellung des Kabinetts sehr kritisch geworden ist. In der gemeinsamen Konferenz der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Einzelstaaten am vergangenen Samstag hat die bayerische Regierung als einzige unter allen den Standpunkt vertreten, die Wiederherstellung und die Entwaffnung der Entente müsse als Ganzes betrachtet und behandelt werden und daß sich daher die Ablehnung ebenfalls auf die Entwaffnung als auf die unangehörigen Forderungen der Wiederherstellung erstrecken müsse. Dagegen steht die Reichsregierung und mit ihr die Einzelregierungen auf dem Standpunkt, daß die bayerische Regierung als unannehmbar abgelehnt werden müsse, daß jedoch die Entwaffnung entsprechend der von uns eingegangenen Verpflichtung lokal durchgeführt werden müsse. Das Kabinett hat sich nun offenbar vor den Beratungen so sehr festgelegt, daß es ihm nicht leicht sein wird, einen Ausweg zu finden. Es ist also nicht möglich, daß Ministerpräsident von Kahr heute sein Amt niederlegt. Doch ist man sich völlig im Unklaren, wer die neue Regierung bilden wird.

M. München, 8. Febr. Heute vormittags 10 Uhr fand der angekündigte Ministerrat statt, der bis gegen Mittag dauerte. Nachmittags 1/3 Uhr werden die Fraktionsführer der Koalitionsparteien zu einer interfraktionellen Besprechung zusammengetreten. Nach dieser wird sich der Ministerrat nochmals versammeln. Um Zeit für diese Beratungen zu gewinnen, wird heute nachmittags nur eine kurze Sitzung des Landtages abgehalten werden.

M. München, 9. Febr. Die Beratungen über die Stellungnahme Bayerns gegenüber der Haltung der Reichsregierung zu den außenpolitischen Fragen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Im Ministerrat berichtete Herr von Kahr über den Verlauf der Berliner Beratungen. Ein Reichstag über die Wünsche der Berliner Regierung wurde nicht gefaßt, dagegen wurde die Auffassung der Regierung den Führern der Koalitionsparteien mitgeteilt, die dann eine Ausrede mit ihren Fraktionen hatten. Die Beratungen dauern fort.

M. München, 9. Febr. Die Unabhängigen haben im Landtag über die Stellung des Ministerpräsidenten v. Kahr in Berlin eine Interpellation eingebracht, in der vom Ministerpräsidenten Aufschlüsse über die Stellung verlangt werden, die er am 5. Februar in Berlin eingenommen hat. Die Interpellation wird da er begründet, daß aus der amtlichen Presse keine Klarheit über die Haltung der bayerischen Regierung zu gewinnen sei und ein Widerspruch zwischen den offiziellen Redungen der Berliner und der Münchner Regierung bestehe.

Die nordbayerische Sozialdemokratie gegen die bayerische Katastrophenspolitik

M. Nürnberg, 8. Febr. Die sozialistische Partei Frankens erklärt in einem Aufruf an die nordbayerische Bevölkerung, das Interesse Nordbayerens liege in der Einheit des deutschen Reiches. Lasse die Regierung in München es auf einen Bruch mit dem Reich ankommen, dann werde die arbeitende Bevölkerung von Nordbavarn ebenso wie die Bevölkerung von Württemberg und Baden das Ziel, sich mit München zu verschneiden und sich auf die Seite des Reiches stellen.

Wie freuen uns dieser klaren und entschiedenen Haltung unserer frankischen Genossen. Die gesamte deutsche Sozialdemokratie wie auch die Arbeiterchaft würde sie lebhaft unterstützen, wenn es wegen der bayerischen Katastrophenspolitik zum Bruch mit München kommen sollte.

Protest gegen die Ententeforderungen

Berlin, 8. Febr. Der ständige Ausschuss der preussischen Landesversammlung beschloß angelichts der Pariser Beschlüsse eine Erklärung, in der es heißt: Die preussische Volksvertretung erwartet von der Reichsregierung, daß sie ihren ablehnenden Standpunkt unerschütterlich beibehält und fordert in dieser ersten Stunde, in der es sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, alle Kreise des Volkes auf, in der Abwehr dieser unmöglichen Forderungen der Entente geschlossen zusammen zu stehen. — Die Annahme dieser Entschlüsse geschah mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten.

Die Kämpfe in Irland

M. Dublin, 8. Febr. Der Anführer der Sineiserarmee Collins soll in einem Gefecht, das sich zwischen einer Kolonialabteilung und einem größeren Trupp ausländischer Abgetriebener hat, getötet worden sein. In Belfast haben die Sineiser besonders auf die Polizisten abgefeuert. Bei einem Zusammenstoß wurde ein Polizist getötet und vier andere wurden schwer verletzt. In der Gascalfact Tipperary kam es ebenfalls zu Zusammenstößen, die auf beiden Seiten einige Opfer kosteten. In der Nähe von Cork wurden bei einem Aufruf einige junge Leute durch Maschinengewehrschüsse teils getötet, teils schwer verletzt.

Mietsteuer?

Von Wilhelm Sollmann, M. d. R.

Schon der Nationalversammlung lag ein Gesetzentwurf zur Erhebung einer Mietsteuer vor. Er wurde nicht mehr verabschiedet. In dem selber verfloffenen Jahre ist das Problem der Mietsteuer viel umstritten, aber wenig geklärt worden. Viele berufene und unberufene Köpfe suchten nach einer Deckung für die zum Wohnungsbau auf absehbare Zeit notwendigen Liebererzeugungszuschüsse, ohne daß eine Lösung gefunden worden wäre. Damalsches Vorhaben, Heimstätten-Darlehenskassen zu drucken, der infolge der rührigen Agitation der Bodenreformer von zahlreichen Organisationen unterstützt wurde, ist im Wohnungsausschuß des Reichstages von allen Sachkennern ohne Unterschied der Partei als nicht annehmbar bezeichnet worden, obwohl Damalsche Gelegenheit hatte, seinen Gedankengang im Wohnungsausschuß ausführlich darzulegen.

Die Lage vor der diesmaligen Vertagung des Reichstages gingen ihm nun je ein Gesetzentwurf der Reichsregierung und des Reichsrates zu, die wieder nichts anderes waren, als eine Mietsteuer. Die Sozialdemokratie hat die Zumutung, dieses wichtige und in seinen Folgen schwer zu überschende Gesetz durchzubewirken, mit Erfolg zurückgewiesen. Die Gesetzentwürfe kamen nicht mehr in das Plenum des Reichstages. Mit diesem negativen Erfolg aber war nichts erreicht, denn es war damit nichts getan zur Herstellung dringender notwendiger Kleinwohnungen. Trotz all unserer Bemühungen weigerte sich der Reichsfinanzminister, noch einmal, Milliarden ohne Deckung für Liebererzeugungszuschüsse herzugeben. Die Gerechtigkeit gebietet, zuzugestehen, daß er schwerlich anders konnte, zumal wenn man die drohende Finanzkontrolle durch die Entente in Erwägung zog. Es bestand also, wenn die Verhandlungen im Wohnungsausschuß ergebnislos blieben, die große Gefahr, daß ein wesentlicher Teil der diesjährigen Bauperiode für die Herstellung von Wohnungen ungenutzt verbließe, daß zehntausende Wohnungen nicht gebaut, daß hunderttausende Arbeiter der Baugewerbe arbeitslos wurden. Eine weitere nicht geringe Gefahr trat hinzu. Vertreter der Länder erklärten mit beachtenswerten Gründen, daß die Länder den entsetzlichen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkte nicht länger zusehen könnten. Wenn jetzt der Reichstag nichts zustande bringe, müßten die Länder selbständig gesetzgeberische Maßnahmen treffen. Damit aber bestand die für eine gesunde Wohnungspolitik geradezu verheerende Gefahr, daß dem Reiche der Einfluß auf das Wohnungswesen stark entwunden und eine bunteheftige Wohnungsgesetzgebung in den Ländern geschaffen wurde.

In dieser Zwangslage sahen die ihrer Verantwortung bewußten Parteien des Wohnungsausschusses den verzweifeltesten Entschluß, ein Notgesetz zu schaffen, das dem Reichsfinanzminister die Möglichkeit gibt, eineinhalb Milliarden Mark als Liebererzeugungszuschüsse für Kleinwohnungen herauszugeben, ohne daß der Mietsteuer-Gesetzentwurf verabschiedet werden mußte. Dieses Notgesetz verpflichtet die Länder, zur Förderung des Wohnungsbaues in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 zusammen mindestens 30 M auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden. Zur Deckung sollen die Länder eine Mietsteuer oder Zuschläge zu den Grundsteuern erheben. Auch die Gemeinden erhalten die Verpflichtung, Zuschläge einzusetzen. Wichtig ist aber, daß die Grundsteuer für die Bemessung und Erhebung dieser Abgaben und Zuschläge noch nicht festsetzen, sondern erst durch ein Reichsgesetz geregelt werden sollen, das bis zum 1. Mai 1921 verabschiedet sein muß. Kommt dieses Reichsgesetz nicht zustande, so haben die Länder das Recht, selbst eine gesetzliche Regelung zu treffen.

Die Lage ist also nun so: Es werden sofort aus Reichsmitteln eineinhalb Milliarden für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt später durch eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude oder durch Zuschläge zu den Grundsteuern. Wie diese Steuern in ihren Einzelheiten aussehen werden, welche Abfindungen sie erhalten, wer von ihnen befreit ist, darüber wird der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt beraten. Die Sozialdemokratie hat durch ihren Sprecher Silberich mit ausdrücklicher Erklärung lassen, daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme zu dem kommenden Gesetzentwurf vorbehält.

Daß wir gewillt sind, die Steuer so sozial zu gestalten wie es bei einer Steuer überhaupt möglich ist, beweisen die Anträge, die wir schon vor der Vertagung im Wohnungsausschuß des Reichstages gestellt haben. Für uns sind drei Forderungen vor allem maßgebend: Die Abgabe, sie sei so gering wie sie wolle, muß die kleinen Einkommen frei lassen, sie muß entgegen dem Bemühen bürgerlicher Parteien, insbesondere der Deutschnationalen, städtische und ländliche Bevölkerung erfassen; sie muß Rücksicht nehmen auf kinderreiche Familien, sie muß Gewähr bieten für eine starke Wohnungsluxussteuer. Endlich muß weitestgehende Sicherheit geboten werden, daß jeder Gewinn an Miete und Verkauf in den Dörfern unmöglich ist, die mit so bedeutenden Zuschüssen aus Mitteln der Allgemeinheit gebaut wurden. Das sind bei weitem nicht alle Forderungen, die wir an den Gesetzentwurf stellen, aber sie sind die Vorbedingungen.

Advertisement for 'Anknuch' soap, featuring a frog illustration and text: 'Anknuch', '1920er', 'Schweine', '9.60', 'Anknuch'.

die uns eine Erörterung einer solchen Abgabe überhaupt möglich machen.

Was wir in dieser schwierigen Frage bisher getan, können wir vor dem Volke mit ruhigem Gewissen verantworten. Die Angriffe der Linksradijalen, die auch auf diesem Gebiete zu erwarten sein werden, kommen von Parteien die zur Kritik an unseiner Tätigkeit nicht berufen sind.

Jeder aber, der auch nur einer dieser Steuern beigezogen hat, wird zugestehen, daß die Sozialisierung des Wohnraumes eine Aufgabe ist, die nur in langwieriger Gedanten- und Organisationsarbeit zu lösen ist.

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 8. Februar.

Genehmigung des Unterrichtsetats — Der Voranschlag des Landeshaushalts angenommen — Beratung des Etats des Finanzministeriums

20. öffentliche Sitzung

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 3.50 Uhr.

Abstimmungen

Der Unterrichtsetat wird einstimmig angenommen.

Der Voranschlag des Landeshaushalts wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und einigen Mitgliedern des Zentrums gegen die Stimmen des größten Teiles der Zentrumsfraktion und der Deutschnationalen angenommen.

Die Anträge Dr. Schofer (Ztr.) u. Gen. zur Unterstützung der Durchlegung hochwissenschaftlicher und wichtiger Werke im nächsten Nachtrag eine entsprechende Summe einzustellen und Dr. Gothein (Dem.) u. Gen. Mittel zur Unterstützung der wissenschaftlichen Laboratorien und Institute und zur Förderung der an ihnen arbeitenden junger Gelehrten bereitzustellen, werden einstimmig angenommen.

Voranschlag des Finanzministeriums

Nach dem Ausschussbericht des Abg. Seubert (Ztr.) wird in die Beratung eingetreten.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) findet es außerordentlich, daß im 11. Monat des Rechnungsjahrs das Finanzgesetz noch nicht fertig ist. Bei der Frage der Lenbung der Beiträge zu den Schullasten der Gemeinden scheinen die Meinungen noch weit auseinander zu gehen.

Madame Bovary

34 Roman von Gustave Flaubert.

(Fortsetzung.)

Leon war es müde, ohne Hoffnung zu leben. Ihn elkte vor dem ewigen Einerlei seines Lebens, das von keinem Interesse mehr geleitet, von keiner Hoffnung mehr verklärt wurde.

Doch seine Ursache wurde immer mehr zur Ungeduld, und er sah schon in Paris die Freudenfahrten winken, träumte von tollen Festen und lachenden Griselten. Da er ja doch dort sein Studium beenden mußte, warum ging er nicht schon jetzt?

Die einzige Schwierigkeit bestand darin, die Einwilligung seiner Mutter zu erlangen, die sie ihm aber kaum dorenthalten konnte. Sein Chef selbst riet ihm dazu, sich nach einem armen Büro umzusehen, wo er noch mehr arbeiten dürfte.

Allein er beschleunigte seine Abreise durchaus nicht. Drei Monate lang brachte über jeden Tag Koffer und Pakete von Bonville nach Rouen und von Rouen nach Bonville. Nachdem

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) weist darauf hin, daß in der vergangenen Zeit der Staat nicht das gegenüber der Kirche leistete, was er auf Grund moralischer Verpflichtungen zu leisten hatte. Ich anerkannte immer die Leistungen der Republik (Zwischenruf links: Pfälzer Vote und Republik). Ich pflege meine Meinung nicht vom „Pfälzer Vote“ zu beziehen (Zwischenruf links: Abgeköttelt).

Abg. Mauer-Karlsruhe (Ztr.) meint, die Not sei so groß, daß die einzelnen Titel und Summen des Voranschlags beanagen zurücktreten müssen. Das „Unmöglich“ darf diesmal nicht wieder verhoffen. Man darf sich nicht auf eine Abmilderung der gegenwärtigen Forderungen verlassen.

Vom kleinen Grenzverkehr

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Kiefflich u. Gen. haben folgende kurze Anfragen im Landtag eingereicht:

1. Die Schweiz läßt im kleinen Grenzverkehr Brot und Mehl ausfuhr in unbegrenzten Mengen zu. Die Grenzbevölkerung macht von dieser Vergünstigung in erheblichem Umfang Gebrauch. Die Reichsregierung hat nun die Einfuhr von Brot und Mehl auf 1 Kilogramm beschränkt und es muß jeder, welcher über 1 Kilogramm Brot oder Mehl einführen will, die Einfuhrbewilligung beim Reichskommissar in Berlin einholen.

Badische Politik

Der Landtagsausschuß für Gesuche und Beschwerden

In seiner Sitzung vom 8. Februar behandelte der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden u. a. auch das Gesuch der Beamten der Deutschen Maschinen- und Munitionsfabriken in Karlsruhe.

Leon seine ganze Charaktere vervollständigt, seine drei Sessel verpackt und sich eine Menge neuer Taschentücher angeschafft, kurz, Vorbereitungen getroffen hatte, als sollte er eine Reise um die Welt antreten, zögerte er noch von einer Woche zur anderen, bis ein Brief von seiner Mutter ihn zur Abreise drängte, da er noch vor dem Ende des Semesters sein Examen machen mußte.

Als der Augenblick des Abschieds gekommen war, weinte Frau Domais; Justin schluchzte, und Herr Domais unterdrückte nur mit Mühe seine Nüßung. Er ließ es sich nicht nehmen, den Leberzieher des jungen Mannes selbst bis zu dem Notar zu tragen, der Leon in seinem Wagen bis Rouen mitnehmen wollte.

Als er oben auf der Treppe angelangt war, mußte er einen Augenblick stehen bleiben, so stark klopfte sein Herz. Bei seinem Eintritt erhob sich Frau Bovary hastig.

„Da bin ich noch einmal!“ sagte Leon. „Ich wußte, daß Sie kommen würden!“ Sie ließ sich auf die Lippen, und eine tiefe Mu schiedte ihr Antlitz. Sie blieb stehen und lehnte sich an die Türling der Wand.

„Ist Ihr Gatte nicht zu Hause?“ fragte er. „Nein, er ist abwesend.“ „Abwesend“, wiederholte Leon mechanisch. Dann schwiegen sie beide und sahen sich an. Aus ihren Widen sprach dieselbe tödliche Angst, dieselbe schredliche Seelenqual.

„Ich möchte Veria noch abieu sagen,“ unterbrach Leon das peinliche Schweigen. Emma ging an die Treppe und rief Felicie. Felicie schickte er um sich, als wollte er sich das Zimmer mit allen Gegenständen darin noch einmal fest ins Gedächtnis prägen, um es nie zu vergessen.

Über schon kam Emma mit dem Mädchen und der kleinen Veria, die eine Windmühle an einem Boden hinter sich herzog. Leon nahm das Kind auf und küßte es mehrmals. „Adieu, armes Kind! Adieu, mein süßer Viedling, adieu!“

sei, daß weitere Erhöhungen nicht in Frage kommen könnten. Die Geschickler glauben sich darauf berufen zu können, daß sie ihre Arbeitskraft im Interesse der Allgemeinheit verbraucht haben, und daß deshalb der Staat verpflichtet sei, diese Pensionen zu erhöhen. Der Ausschuß mußte, da die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Privatunternehmen sind, dies ablehnen und hat deshalb Lebergang zur Tagesordnung bezuschlossen.

Ein weiteres Gesuch bittet um Abgabe von Domänen-gelände in der Gemeinde Windenkreute an Beamte und Wärter der Anstalt Emmendingen und andere Arbeiter als Nachland. Da der Bezirk mit dem Pächter des Gutes Hochburg erst im Jahre 1920 abläuft, erklärt sich die Regierung bereit, die Gesuchsteller zu berücksichtigen. Das Gesuch wird in diesem Sinne empfohlen überwiegen.

Der Verein „Die Naturfreunde“ (Gau Baden) bittet in einem Gesuch um einen einmaligen Zuschuß von 10.000 M. und ein Darlehen von 100.000 M. zum Bau von Ferienheimen, Jugendherbergen und Schutzhütten. Von der Regierung wurde auf die schlechte Finanzlage hingewiesen und bemerkt, daß nur 25.000 M. im Etat angefordert seien, woraus diese und ähnliche Anforderungen in Höhe von 150.000 M. natürlich nur zum kleinsten Teile bedeckt werden könnten.

Von sozialdemokratischer Seite wurde der Vorwurf, als es im Totkassenverein „Die Naturfreunde“ Nichtsteuer vorhanden seien, gebührend zurückgewiesen. Der Verein bestche in seiner Gesamtheit aus Leuten, die die ganze Woche schwer arbeiten und den freien Sonntag zur Erholung und Pflege ihrer eigenen Gesundheit brauchen. Die Ferienheime seien eine segensreiche Einrichtung für die Frauen und Kinder der Mitglieder geworden.

Die Redarbaudirektion. Wie vor einiger Zeit schon mitgeteilt worden ist, hat die von der Reichsregierung errichtete Redarbaudirektion ihren Dienst in Stuttgart aufgenommen und wird demnach nach Besetzung der erforderlichen Räumlichkeiten nach Heilbronn überföhren. Ueber die Leitung der Redarbaudirektion und der Redarbauämter wird nun amtlich mitgeteilt, daß an der Spitze der Redarbaudirektion ein technischer und ein juristischer leitender Beamter stehen, nämlich der milttembergische Oberbaumeister König und der badische Oberamtmann Dr. Koch (bisher in Zauberschlößchen).

Keine gedruckten Jahresberichte der Schulen. Das Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß für das abgelaufene Schuljahr 1920/21 die Herausgabe gedruckter Jahresberichte zu unterbleiben soll. Jede Anstalt hat einen Jahresbericht handschriftlich abzufassen und zu den Akten zu nehmen.

Die Bauämter in Baden. Im Auftrage des Reichsministeriums nahm das Statistische Landesamt über die Bauämter in Baden Ende Oktober 1920 in sämtlichen Gemeinden des Landes eine Erhebung vor. Hierbei wurde festgestellt, daß vom 1. Juli 1918 bis 31. Oktober 1920 teils durch Neu-, teils durch Um- oder Einbauten im Ganzen 12.666 Wohnungen und zwar 8748 Dauerwohnungen und 4110 Notwohnungen fertiggestellt wurden. Anfangs November 1920 waren außerdem noch 3168 Dauer- oder Notwohnungen in der Ausführung begriffen. Von den fertiggestellten oder noch im Bau befindlichen Wohnungen (16.044) entfielen 1245 auf Karlsruhe und 2840 auf Mannheim. Diesen Zahlen gegenüber ist zu berücksichtigen, daß am 1. Juli 1920 insgesamt 18.437 Familien ohne besondere Wohnung waren.

Dann gab er es der Mutter wieder. Diese schickte das Mädchen mit dem Kinde hinaus. Frau Bovary wandte ihm den Rücken zu und presste ihr Gesicht an die Scheiben. Sie stand da, stark wie ein Marmorbild, und keine Miene vertiet, was hinter dieser weißen Stirn vor sich ging.

„Nun, so leben Sie wohl!“ sagte er mit einem Seufzer. Sie fuhr zusammen und sagte kurz: „Ja, gehen Sie! Adieu!“ Sie näherten ihre Hände, und sie zögerte noch eine Sekunde.

Dann gab sie ihm die Hand und sagte mit gezwungenem Lächeln: „Adieu auf englische Art.“ Leon war es, als hätte er mit dem Druck ihrer eisernen Hand ihre ganze Seele in sich hinüberföhren.

Als er sich unter der Marktkasse befand, blieb er stehen und sah noch ein letztes Mal nach dem weißen Hause mit den grünen Zuluftfen. Er glaubte einen Schatten hinter dem Fenster ihres Zimmers zu bemerken. Aber dann bewegten sich die Falten der Gardinen, und diese wurden von unsichtbarer Hand plötzlich zugezogen. Eine Sekunde stand er wie versteinert, dann eilte er hastig davon.

Schon von weitem sah er das Gesicht seines Chefs. Ein Mann in leinemem Anzug hielt die Bierdeckel. Domais und Guillaumin plauderten zusammen und warteten auf ihn. „Nun, so leben Sie wohl, mein junger Freund!“ sagte der Apotheker, indem er ihn umarmte, während Tränen in seinen Augen standen. „Hier ist Ihr Mantel, hüten Sie sich vor Enttäuschungen! Pflegen Sie sich gut und lassen Sie sich wohl ergehen.“

„Kommen Sie, Leon!“ sagte der Notar. Domais beugte sich noch einmal vor und rief mit erstickter Stimme: „Gute Nacht!“ „Guten Abend,“ sagte Herr Guillaumin. Dann führten sie davon, und Domais lehrte ins Haus zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Schöpflin über die Reichswehr und den Etat der Reichswehr

(Schluß)

Ich muß aber hier auch noch ein Wort nach der äußersten Linken hin sagen. Wenn solche Dinge möglich sind, so sind die Herren auf der äußersten Linken nicht ganz unbeschäftigt daran. (Sehr richtig bei den Demokraten.) Die Furchtsamkeit, die wir leider immer wieder erleben, liefert der Reaktion die allergrößte Nahrung. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten) und es wäre wirklich im Interesse der Freiheit des deutschen Volkes, es wäre im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und der Entwicklung des deutschen Landes von ungeheurem Vorteil, wenn man auf der äußersten Linken einsehen wollte, daß alle die Dinge, die Sie (zu den Vereinigten Kommunisten) bisher getan haben, doch nur ein willkommener Anlaß für reaktionäre Offiziere wie für politische Reaktionäre sind. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.) Es tut mir leid, wenn ich in diesem Falle beinahe als eine Art Anwalt für Offiziere auftreten soll. Wir wissen ja, wie die Offiziere erzogen werden. Wenn sie nun in der Reichswehr allerdings die aufgeschicktesten Reizigen über die Linksradikalen lesen, wie wird das auf die Offiziere! Wie leicht hat es dann ein Kommandeur, der etwa konterrevolutionären Bestrebungen sehr geneigt ist, sein Offizierskorps mit solchen Dingen zu beeinflussen und den Geist des Offizierskorps in der reaktionären Auffassung zu befestigen! Das müßte denn doch einmal bedacht werden. Meine Herren auf der äußersten Linken, ich fürchte, daß wenn Sie das nicht bedenken, wenn Sie nicht hören, unter Umständen leidet der Moment kommen kann, wo Sie es fühlen müssen, — eine Sache, die niemand will und die ich qualvollst will, die aber auszusprechen einfach meine Pflicht ist, weil ich nicht kühn habe, nur die Gefahr und die Schäden auf der einen Seite, aber nicht die Schäden auf der anderen Seite zu sehen.

Nun hat der Herr Reichswehrminister gewiß auch positive Erfolge erzielt, und sein größter positiver Erfolg ist die neue Kleiderordnung für die Reichswehr. Ich empfehle Ihnen, meine Herren Kollegen, einmal diese Kleiderordnung durchzusehen, einschließlich des dazu gehörigen Bilderbogens. Es ist eine ganz interessante Sache, daß wir 24 Jahre nach dem Aufbruch zum neuen Reich eine solche detaillierte Kleiderordnung bekommen haben. Es ist die neue militärische Bekleidungsordnung, die die Achselklappe wieder einführt, wie wir bei den Herren sehen, die da (nach den Reinerziehungen) sitzen, die Achselklappen bei den Mannschaften, Säure, Lagen, Händer, die langen Säbel außerhalb des direkten Dienstes, die die Sterne und all die ähnlichen Kleinigkeiten und den ganzen militärischen Klebefanz von ehemals wiederbringen. Wenn Sie zum Vergleich, was im Maximum so ein Reichswehrsoldat an Lagen, an Händern, an Hüften, an Knien sich anhängen kann, bezogen Sie mir: wenn er dann noch den Stabstiel aufweist, dann sieht er aus wie Paris in der „Schönen Helena“. (Sehr gut und sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Dann ist er einfach eine militärische Overdimension geworden. Es muß doch ein recht erhebendes Gefühl für den demokratischen Herrn Reichswehrminister gewesen sein, seinen Namen unter diese Kleiderordnung gesetzt zu haben. Wenn ein Teil der großen Arbeit für diese Kleiderordnung für militärische Dinge verwendet worden wäre, ich glaube, es hätte der Reichswehr besser gedient. So nebenbei begreife ich jetzt, warum man im Reichswehrministerium neben ein paar Inspektoren 92 Stabsoffiziere hat.

Aber die Dinge haben eine ernste Seite. Die Einführung dieser neuen Kleiderordnung, das Wiedereröffnen der Achselklappe und all des militärischen Ausstattungsapparats des alten kaiserlichen Heeres ist nichts weiter als die Kapitulation vor dem konterrevolutionären Teile der deutschen Offiziere. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Vergessen Sie nicht: als die Herren, die wir mit dem Worte „Reaktionäre“ zu bezeichnen pflegen, wieder einen besseren Mut bekommen, als sie sich wieder getrauten, frischer Luft zu schöpfen, ist gerade aus jenen Lagern heraus die Wiedereröffnung der Achselklappe veranlaßt worden. Wie ist Sturm gelaufen worden gerade auf der Seite, als die militärischen Grabzeichnungen unter Posten eingeführt wurden, die zu einem Teil in der Truppe getragen, zum andern nicht getragen wurden und bis in die neueste Zeit selbst in der Umgebung des Herrn Reichswehrministers nicht durchgängig getragen worden sind! Es hat der Autorität des Reichswehrministers viel Leid so sehr geschadet wie seine Nachlässigkeit gegen die strikte Durchführung der Vorschriften über die Abzeichen, die bis zum 1. Januar dieses Jahres angeordnet haben. In den alten Abzeichen haben wir einen gewissen Reichtum der Offiziere und der Herren von der Rechten das Symbol der Monarchie und der militärischen Organisation, wie sie sie leben und wie wir sie bis zum Zusammenbruch hatten. Ich vermute es von ihrem Standpunkte aus, wenn sie für die Wiedereröffnung sind. Aber diese Verordnung ist gleichzeitig eine äußerlich schwere Provokation derjenigen Teile des deutschen Volkes, die ehrlieh auf dem Standpunkte der Republik und der Demokratie stehen. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Wie in Arbeiterkreisen und über sie hinaus auch in bürgerlich ehrlieh republikanisch, demokratisch empfindenden Kreisen diese Verordnung gewirkt hat, hätte dem Herrn Reichswehr-

minister doch eigentlich seine demokratische Vergangenheit oder — soll man auch noch sagen — demokratische Gegenwart als Politiker sagen sollen. Diese Verordnung ist der Schluß des ersten Kapitels des Versuches der militärischen Wiederaufrichtung. In diesem Kapitel haben wir auch unter dem Regime des Herrn Dr. Geßler so allerlei erlebt. Wir haben die Eidesverweigerungen, wir haben die Verhöhnung der Verfassung und der Republik von Truppenparteien und so weiter erlebt, und hier ist nun ein Schlussspiel erfolgt.

Der Demokrat Geßler hat auch in diesem Fall vor dem alt-preussischen General Seedt kapituliert.

Und es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber es muß gesagt werden, es ist ein sehr ernster und bedenklicher Umstand, daß wir in dieser kritischen Zeit einen sehr nachsichtigen Wehrminister, dafür aber einen äußerst ähnen und tatkräftigen Chef der Deeresleitung haben. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, Friedrich Schiller meint:

Wo das Streng mit dem Zarten,
Wo Starres sich und Mildes partien,
Da gibt es einen guten Klang.

(Geht weiter.) Ich kann aber nicht behaupten, daß der Klang in der Wehrverfassung, wo das Starre mit dem Mildem, wo Seedt sich mit Geßler paart, der Klang ein allzu guter wäre. (Sehr gut und Geht weiter bei den Sozialdemokraten.) Und der Name Geßler führt mich dazu, zu sagen: wiederum ist ein Geßler aufgeführt worden! Aber vor diesem Geßler, der dort am Eingang der Wehrverfassung oder beim Kanal drüben steht, leigt sich, glaube ich, nur einer, das ist der Herr Reichswehrminister. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichswehrminister, ich darf bei dieser Gelegenheit sagen, daß auch Ihre eigene Presse ähnliche — vielleicht etwas zurückhaltender — Gedanken zum Ausdruck bringt. Ich verweise nur auf die „Frankfurter Zeitung“. Nach der Rede des Herrn Reichswehrministers am 28. Oktober vorigen Jahres schreibt die „Frankfurter Zeitung“, eines der führenden demokratischen Organe, (na! na! rechts) — na, daß sie ein führendes demokratisches Organ ist, werden Sie nicht bestreiten können — ich sage, die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Der v. Seedt ist nach der Ueberzeugung von aus der Nähe stehenden Beobachtern mehr und mehr der eigentliche Wehrminister geworden. Herr Scheidemann hat das gestern im Reichstag mit Recht ausgesprochen, und die Berufung des Ministers auf seine eigene Verantwortlichkeit, die er mit niemandem teilt, ist rein formal.“

Und weiter sagt die „Frankfurter Zeitung“ in demselben Artikel: Das Ziel des Generals v. Seedt ist, aus seinem Heere ein völlig reibungslos arbeitendes Instrument in seiner Hand zu machen. Es soll gar nicht mehr gefragt werden, ob die Reichswehr ihm geborenen werde oder nicht. Teilweise mit dieser Sorge um einen tabellösen Mechanismus mag die Auswahl des Offizierskorps zusammenhängen, die so einseitig wie nur möglich die konservative und monarchistische Partei bevorzugt.

Und schließlich wird darauf hingewiesen, daß ein Offizier, der eine republikanische Gesinnung etwa zu bekennen wagt, in den Kreisen der Reichswehroffiziere ganz allgemein als „Gesinnungsschwärmer“ bezeichnet wird. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mit Reichswehroffizieren gesprochen, als ich damals den Artikel las. Sie haben mir das bestätigt, daß so, wie man früher vom „Stoppenschein“ sprach, man jetzt vom „Gesinnungsschwärmer“ spricht, und das hat sich, glaube ich, in ziemlich erheblichem Maße vergrößert. Der Reichswehrminister wird also, wenn ihm selbst auch seine eigene Presse so beurteilt, es kaum verhehlen können, wenn wir Sozialdemokraten ihm nach dem, was er bisher nicht getan hat, mit höchstem Mißtrauen gegenübersehen.

Ich komme noch kurz auf das Verhältnis des Reichswehrministers zu den Berufsverbänden zu sprechen. Wir haben demnach die Wehrverfassung zu beraten, wo ja an und für sich über die Berufsverbände gesprochen werden muß. Aber im Zusammenhang mit dem, was ich gesagt habe, muß ich wohl oder übel auf die Haltung des Reichswehrministers mindestens einem Berufsverband gegenüber zu sprechen kommen, und das ist der Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten. Im Anfang seiner ministeriellen Tätigkeit hat der Herr Reichswehrminister im Verlauf der Verhandlungen, die er mit dieser Organisation hatte, ausnehmend geistreich, er werde im Interesse der Erhaltung einer innerlich starken Wehrmacht mit allen Mitteln auf die Ausschaltung jeder parteipolitischen Betätigung hinarbeiten und ein Vertrauensverhältnis zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften herbeiführen; unter dieser Voraussetzung sei er gern bereit zu einem gedächtnisvollen Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten in allen Fragen von wirtschaftlicher Bedeutung, jedoch unter Ausschluss aller militärischdienstlichen Angelegenheiten. Er erwidert die Truppenführer der Reichswehr, ihr Verhalten gegenüber den Berufsgruppen dieses Landes seinem Standpunkt gegenüber und mit aller Macht ernstlich auf eine Verständigung und gemeinsame nutzbringende Arbeit hinzuwirken. Das ist ein sehr schöner Vorlass, das sollte bemerkt also der Herr Reichswehrminister, und um wieder ein Münchener Wort zu zitieren, er wirkt ja, was er will, und kann auch, was er will. Wie ist

es nun in der Folgezeit gegangen? Es dauerte gar nicht lange, da wurden diesem Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten aus Offizierskreisen, von den Wehrkreiskommandeuren und auch aus dem Reichswehrministerium heraus lebhaftste Hindernisse bereitet, da wurde die Verdächtigung laut, der Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten wolle die Disziplin untergraben, wolle Soldatenstreiks inszenieren, sympatisieren mit den Linksradikalen und so weiter. Diese Erhebungen hatten sehr bald den Erfolg, daß zur Gründungsfeier der Ortsgruppe des Reichswirtschaftsverbandes Deutscher Berufsbeamten, ich glaube in Berlin, das Wehrkreiskommando den Soldaten die Teilnahme verbot (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) mit der Begründung, daß der Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten durch Form und Inhalt der bei ihm getriebenen Propaganda zur Abänderung des Wehrgesetzes die Disziplin gefährde. Jetzt soll dieser Berufsorganisation nicht einmal mehr gestattet sein, zum Wehrgesetz Stellung zu nehmen, das doch in außerordentlichem Maße in die Verhältnisse sowohl derer eingreift, die in der Wehrmacht dienen, als auch aller anderen, die mit ihr zu tun haben. Dieses Verbot hat der Wehrminister befohlen.

Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß man im Reichswehrministerium auch anders kann. In der „Frankfurter Zeitung“ am 19. Juni vorigen Jahres ist eine Notiz enthalten, die aus dem Reichswehrministerium stammt. Sie befaßt sich mit der Teilnahme an einer Gründungsfeier des Verbandes nationalgeinnter Soldaten, der eine Untergründung des Verbandes nationalgeinnter Offiziere ist. In dieser Notiz heißt es wörtlich:

Tatsächlich hätte aber das Reichswehrministerium gegen Leute, die sich an den Veranstaltungen beteiligt haben, keine Handhabe, da das Wehrgesetz noch nicht in Kraft getreten ist. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Also da brühen im Reichswehrministerium weiß man, wenn es sich um Nationalisten handelt, daß man, da das Wehrgesetz noch nicht in Kraft getreten ist, eine Handhabe nicht hat, wenn es sich aber um den Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten handelt, weiß man von dieser noch nicht vorhandenen Handhabe offenbar nichts. Also das Reichswehrministerium kann auch anders.

Als der Kampfbund ausbrach, hat der Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten darauf hingewiesen, daß er für die Verfassung eintrete, ist unmittelbar in jenen kritischen Stunden und Tagen mit aller Energie von der linksradikalsten Propaganda abgedrückt, hat sie ausdrücklich abgelehnt und hat wiederholt betont, daß die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel völlig ausgeschlossen sei.

Meine Damen und Herren! Der Geist, der den Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten leitet, kommt sehr schön zum Ausdruck in diesen Propagandaanschlägen, wo der Soldat dem Arbeiter die Hand reicht. Betrachten Sie dagegen die zwei anderen Anschläge, die von nationalistischer Seite unter der Truppe verbreitet werden, da haben Sie eine ganz schöne Illustration für die verschiedenartige Tätigkeit der Organisationen. Dann werden Sie schärfer zu beurteilen vermögen, wie wenig glücklich und wie wenig gut im Interesse eines gesunden Verhältnisses beim Heere der Kampf des Wehrministers gegen den Reichswirtschaftsverband Deutscher Berufsbeamten ist. (Zuruf von Ministerialräten: Die Praxis war anders!) — Herr Wehrminister, wie werden das ja dann von Ihnen hören.

Mit diesen Einzelheiten will ich mich begnügen und zum Schluß folgendes sagen. Auch wir Sozialdemokraten wissen, daß jede Staatsgewalt, jede Regierung eine Macht in den Händen haben muß, damit sie in der Lage ist, die von ihr erlassenen Gesetze und Verordnungen durchzuführen. Jede Regierung, sei es eine kommunistische, eine konservative oder eine andere, wäre natürlich ein ohnmächtiges Kollegium, wenn sie nicht gegebenermaßen die Möglichkeit hat, das durchzuführen, was gesetzlich beschlossen ist. Deshalb muß naturgemäß auch bei uns ein Instrument vorhanden sein, das diesen Zwecken genügt. Dieses Instrument muß aber in seiner Form und besonders in seinem Geist der deutschen Republik auf demokratischer Grundlage angepaßt sein. Es ist die Pflicht des Herrn Reichswehrministers, die ihm als parlamentarischer Minister in besonderem Maße obliegt, mit aller Macht darauf hinzuwirken. Es ist nicht richtig, daß bei der Masse der deutschen Arbeiter Feindschaft gegen ein solches Instrument der staatlichen Gewalt gefüttert wird. Die deutschen Arbeiter sind in ihrer Mehrheit vernünftig genug, um einzusehen, daß das sein muß. Wenn aber das Instrument so aussieht, wie zurzeit noch die Reichswehr, wenn bei ihr sich noch solche Gezecke ereignen, wenn die Militärtafeln in den letzten Tagen wieder an vielen Stellen „Teil die im Siegerfranz“ geschickt haben, wenn am 9. November die Flagge auf Halbmast gesetzt wird — um nur diese Dinge zu erwähnen —, so sind das Vorgänge, die die republikanischen Arbeiter mit Mißtrauen und Empörung erfüllen und die die Reibungsfläche natürlich sehr erheblich vergrößern müssen. (Zuruf bei den Deutschen Nationalen.) — Nein, wir wohnen nicht allein in Deutschland, aber die Reichswehr ist die Wehr der deutschen Republik. Wenn Sie als Privatmann am 9. November die Flagge auf Halbmast setzen, um Ihre Trauer zu bezeugen, so ist das Ihre Sache. Die Reichswehr ist aber die Wehrmacht der deutschen Republik, und Sie auf der Rechten haben wirklich keine Ursache, Einwände dagegen zu erheben, wenn wir hier ein Einschreiten verlangen. In Ihrer kaiserlichen Armee durfte man ja nicht einmal als Sozialdemokrat mit der Wimper zuden.

Meine Damen und Herren!
Eine Wehrmacht, die von Offizieren geführt wird, die zu einem überwiegenden Teile monarchisch gesinnt sind, ist eine Gefahr für die Republik!

Wenn nicht alles geschieht, um diese Gefahr so einzudämmen, so weit, wie es heute schon möglich ist, — (Zuruf von den Deutschen Nationalen: Frankreich!) — das sind Sorgen, die uns augenblicklich nicht auf den Rücken brennen —, sehe ich ernste Konflikte kommen. Wir sind in einer so schwierigen Lage, und das Treiben der Reaktionäre der monarchistischen Richtung in Deutschland ist so stark, daß wir alle Ursache haben, uns dagegen zu wehren und auf der Hut zu sein. Die einzige bewährte Macht in Deutschland muß im Sinne der Republik geleitet werden. Ich mache darauf aufmerksam, ohne zu drohen — denn das liegt mir gar nicht —, daß, wenn die Arbeit, die von bestimmter Seite sehr ernst betrieben wird, so fortgesetzt und weiter von Erfolg begleitet ist, naturgemäß Kämpfe nicht ausgeschlossen sind, und innere Konflikte dieser Art können wir kaum noch gebrauchen.

Wir wollen keine militärische Organisation, die in ihrem Geiste, ihrer Art, ihrem Wesen nach dem früheren Heere gleicht, während von anderer Seite gerade aber darauf hingearbeitet wird, und der Herr Chef der Deeresleitung, General v. Seedt, — das ist meine tiefste Ueberzeugung —, arbeitet systematisch auf dieses Ziel hin. Wir wollen die Republik auf demokratischer Grundlage erhalten wissen mit der Fortentwicklung zum Sozialismus. Ich bitte den Herrn Reichswehrminister, daß er diesen Gefahren keine Aufmerksamkeit zuzuwenden, da sonst scharfe Konflikte zwischen ihm und den Teilen des Parlamentes entstehen müssen, die die Republik verteidigen wollen und auch verteidigen werden gegen jeden, der es versucht, Hand an sie anzulegen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Theater, Kunst und Wissenschaft

Karlsruher Konzertwoche

Alfred Gnehm war der Solist des vierten Meisterkonzerts. Eingetragene Kraft geht von seinen nuancenreichen Spiel aus und das läßt ihn überdauern und treibt manche Stellen heiler Gedächtnis — wie das Ende zeigte — zur Anhäufung. Aber trotzdem ist dieser Abend kein „Numerocircus“, denn gleich er über die Höhe der tausend und abertausend Kaverpielenen Talenten emporragt. Auf eigen gebärdeten Wegen führt er den Zuschauer in die Welt der von ihm auch technisch erstaunlich interpretierten Werke. Aber plötzlich auch triumphierend der Virtuose hervor und verzerrt mit ekstatischen Akzentuierungen die Anlage. Die „Arabesken“ die Sagen von Debussy und dem ihm verpflichteten Engländer Scott oder gar „Auf der Brücke“ von Stürmer (dem höchsten?) ist bestes oder schlechtestes Kunsthandwerk. Direkt hilflos fand ich seine „Chronometrische Fantasie und Rüge“ von Johann Sebastian Bach. Nur ein Virtuose schädigt hier ein so reiches Tempo an, um keine Reihen blendender Stellen lassen zu können. Ansonsten wurde nicht alltägliches durch Alfred Gnehm gebracht.

Frau Marie von Ernst, die hervorragende Vertreterin des Solospielgesanges, gab am vergangenen Dienstag im Eintrachtssaal ihren diesjährigen Arien- und Liederabend. So ganz von Herzen darf man sich an ihrem herrlichen Gesang freuen, da sie eine Rieche auf dem Gebiete der Solosängerin ist. Dahinter ist nicht nur Naturanlage zu finden, sondern auch unermüdlicher Fleiß. Und auch darin ist diese Künstlerin mit — wie jede Arie hemm — hervorzuheben mußlicher Intelligenz direkt vorbildlich. Nun haben wir mit besonderem Vergnügen feststellen können, daß sie auch eine Lieberbängerin ist. Und zwar eine, die nicht nur das Ohr zu befriedigen weiß. Da waren die beiden Schöpfungen des nun auch in Karlsruhe erfolgreich eingeführten Gubow Mähler und drei liebetraute Gesänge von Johannes Brahms. Wie nicht anders zu erwarten, trug man Blumenreize auf das Podium und tosender, anhal-

tender Beifall domierte durch den Saal. Gegen diese auflichter Höhe stehende Kunst mußte die des Herrn Marie v. Ernst ein gutes Stück mühsamen Weges zurücklegen. Es wäre schade, wenn sein schönes Organ nicht völlig kultiviert würde. Man gab ihm Blumen und forderte Zugaben, stand ihm also mit Achtung gegenüber.

Von dem Cellisten Joseph Krilberth — im Landes-Theater-Orchester tätig — hörte ich die Edward Grieg'sche Sonate für Violoncello, welche er im Verein mit dem besonders als Klavierlehrer geachteten Fritz Post zum Erlingen brachte. Krilberth steht auf beachtenswerter Höhe und mit seinem Spiel — voll Kraft und Schwingung — wußte er seine Zuhörer zu fesseln.

Der Liebesabend Otto Weibers fand am nämlichen Abend statt; er verbotte neues Blut in das festliche, fast ständig rückschauende, ängstlich bis an Ueberkommnes haltende Musikleben zu führen. Solche Abende seien doppelt willkommen geheißen und wenn sie noch so viel Schanden mit sich führen. Aus den Liedern von einem mir bisher völlig unbekanntem D. L. m u t. S e l l e r m a n n ist nicht viel Eigenes, Abgerundetes, Neues. Aber sie sind auch nicht schlecht. Es ist aber die Möglichkeit gegeben, daß sie beim erstmaligen Hören sich nicht völlig einbüßeln haben. Aufmerksamkeit hörte ich die Kompositionen von Professor Max Eitel. Er stellt ein Musikfantasie von innerer Reueinheit schreibt — eine Seltsamkeit — „fant“ als melodisch. Vielleicht liegen die Vorstellungen der noch gelassenen Gedichte von Ernst Hoff: „Am hitzeren Menschenleben“ noch nicht auf der Höhe seines Könnens, in die — so hofft man — seine hier zur Manifestation kommende Oper führt. Eines blieb mir festzuhalten: „Schliche die Augen zu mit dem tröstlichen Schluß: „Ihr Leben war nur Kampf und Streit, laß sie ruhen in Ewigkeit.“ Otto Weibers, der — wie ich höre — in früheren Jahren stark und einbringlich schon für die Jugend eingetreten, sang mit verständnisvoller, wirkungsreicher Auffassung. Nach den einzelnen Liedern war der Beifall schwach, aber stark am Schluß des Abends, eines Abends voll Ernst, Würde und Gehalt!

(Schluß folgt.)

„Die Zukunft Deutschlands“

Die Sozialdemokratische Partei in Mittelbaden hat auf den kommenden Samstag und Sonntag (12. und 13. Februar)

55 Volks-Versammlungen

einberufen.

Wie Deutschlands Zukunft sich gestalten müßte, wenn versucht werden sollte, die wahnsinnigen Forderungen der Entente durchzusetzen, darüber wird in allen Versammlungen gesprochen werden.

Wir erwarten und hoffen, daß alle Anhänger der Sozialdemokratie, Männer und Frauen, nicht nur in den Versammlungen erscheinen sondern mündlich eifrig für einen guten Besuch agitieren. — Die Versammlungen werden tagen:

- Etlingen: 12. Februar, abends 8 Uhr, im „Wilden Mann“. Referent: Reichstagsabgeordneter Schöbflin.
- Förden: 13. Febr., nachm. 2 Uhr, im „Anker“. Referent: Reichstagsabgeordneter Schöbflin.
- Müden: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Ochsen“. Referent: Reichstagsabgeordneter Schöbflin.
- Güdingen: 12. Febr., abends 7 1/2 Uhr, in der „Stadt Florheim“. Referent: Parteisekretär Trinks.
- Mietern: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, in der „Kanne“. Referent: Parteisekretär Trinks.
- Deißelbrunn: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Röble“. Referent: Parteisekretär Trinks.
- Oberweier: 12. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Girsch“. Referent: Landtagsabgeordneter Kura.
- Dittenau: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Strauß“. Referent: Landtagsabgeordneter Kura.
- Ubstadt: 13. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr im „Löwen“. Referent: Landtagsabgeordneter Wechtold.
- Mingolsheim: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Engel“. Referent: Landtagsabgeordneter Wechtold.
- Baden-Baden: 12. Febr., abends 7 1/2 Uhr, „Sinner Saalbau“. Referent: Landtagsabgeordneter Dr. Kraus.
- Aue (N. Durlach): 13. Febr., nachm. 5 1/2 Uhr, in der „Blume“. Referent: Landtagsabg. Dr. Kraus.
- Wörblingen: 13. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, im „Adler“. Referent: Landtagsabgeordneter Stodinger.
- Bergshausen: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, in der „Kanne“. Referent: Landtagsabgeordneter Stodinger.
- Müsch: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, im „Löwen“. Referent: Landtagsabgeordneter Wehner.
- Wärmersheim: 13. Febr., abends 7 Uhr, im „Schiff“. Referent: Landtagsabgeordneter Wehner.
- Oberrot: 12. Febr., abends 7 1/2 Uhr, in der „Blume“. Referent: Landtagsabgeordneter Richter.
- Mffenheim: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, in der „Krone“. Referent: Landtagsabgeordneter Richter.
- Ottenshöfen: 13. Febr., vormittags 10 1/2 Uhr, im „Engel“. Referent: Landtagsabgeordneter Meller.
- Scherern (N. Rastatt): 13. Febr., abends 7 Uhr, „Auerbahn“. Referent: Landtagsabgeordneter Meller.
- Unterwisheim: 13. Febr., nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Schwanen“. Referent: Landtagsabg. Kirschbach.
- Kirrlach: 12. Febr., abends 8 Uhr, in der „Rose“. Referent: Landtagsabgeordneter Kuhn.
- Oberhausen: 13. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, im „Schiff“. Referent: Landtagsabgeordneter Kuhn.
- Biechtal: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, in der „Rose“. Referent: Landtagsabgeordneter Kuhn.
- Spöck: 12. Febr., abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Referent: Landtagsabgeordneter Kausch.
- Büschbach: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, in der „Sonne“. Referent: Landtagsabgeordneter Kausch.
- Söllingen (N. Durlach): 12. Febr., abends 7 1/2 Uhr im „Brin Karl“. Referent: Landtagsabg. Müller.
- Wichtental: 13. Febr., nachm. 2 Uhr, im „Bahnhof“. Referent: Landtagsabgeordneter Müller.
- Ellmendingen: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Löwen“. Referent: Landtagsabgeordneter Müller.
- Selbach (N. Rastatt): 13. Febr., nachm. 3 Uhr, im „Grünen Baum“. Referent: Landtagsabg. Markloff.
- Gernsbach: 13. Febr., abends 8 Uhr, im „Bädischen Hof“. Referent: Landtagsabgeordneter Markloff.
- Heidelsheim: 12. Febr., abends 8 Uhr, im „Bädischen Hof“. Referent: Landtagsabgeordneter Gortler.
- Balg: 13. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, in der „Rose“. Referent: Landtagsabgeordneter Grohmann.
- Sandweier: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, in der „Blume“. Referent: Landtagsabgeordneter Grohmann.
- Grimmettersbach: 12. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Adler“. Referent: Landtagsabgeordneter Ged.
- Solgenwettersbach: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, in der „Hochburg“. Referent: Landtagsabgeordneter Ged.
- Jöblingen: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, im „Bädischen Hof“. Referent: Landtagsabgeordnete Kunigunde Fischer.
- Krieling: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, im „Bahnhof“. Referent: Landtagsabgeordneter Gahn.
- Wankensch: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Schwanen“. Referent: Landtagsabgeordneter Gahn.
- Oberrombach: 12. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Girsch“. Referent: Landtagsabgeordneter Arnold.
- Reinhardt: 13. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, im „Engel“. Referent: Landtagsabgeordneter Arnold.
- Forst: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, in der „Traube“. Referent: Landtagsabgeordneter Arnold.
- Durlach: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Lamm“. Referent: Landtagsabgeordneter Weismann.
- Walsch: 13. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, im „Mahlberg“. Referent: Landtagsabgeordneter Weismann.
- Gaggenau: 12. Febr., abends 8 Uhr, im „Grünen Hof“. Referent: Landtagsabgeordneter Marum.
- Kußheim: 13. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr in der „Krone“. Referent: Oberrevier Wees.
- W. Neureuth: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, im „Feldschützen“. Referent: Stadtd. Böhlinger.
- Deßlingen: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, im „Löwen“. Referent: Stadtrat Dr. Kullmann.
- Reichenbach (N. Etlingen): 13. Febr., nachm. 3 1/2 Uhr, in der „Sonne“. Referent: Stadtd. Graf. Borsheim.
- Wittersdorf: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, in der „Blume“. Referent: Landtagsabgeordneter Kälig.
- Wilsweier: 13. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im „Adler“. Referent: Landtagsabgeordneter Kälig.
- Ottersdorf: 13. Febr., nachm. 3 Uhr, im „Grünen Baum“. Referent: Professor Korbach.
- Kieselbrunn: 13. Febr., nachm. 4 Uhr, im „Adler“. Referent: Stadtrat Fische.
- Muggensturm: 13. Febr., mittags 12 Uhr, in der „Krone“. Referent: Landtagsabgeordneter Kura.
- Reinhausen: 13. Febr., nachm. 3 Uhr im „Engel“. Referent: Landtagsabgeordneter Weber.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

„Was geht in der Generaldirektion der ehem. bad. Staatseisenbahnen vor?“

Von der Eisenbahn-Generaldirektion geht uns zu den Artikeln in Nr. 27 vom 2. d. M. und in Nr. 28 vom 3. d. M. folgende Erklärung zu:

„Wie bereits in Nr. 13 der „Karlsruher Zeitung“ vom 22. Januar dargelegt wurde, ist die durch den Reichslohnstarifvertrag mit der Arbeiterschaft getroffene Vereinbarung eines Wochen- und Schichtschnitts von 48 Arbeitsstunden bis vor kurzem allein in Baden noch nicht durchgeführt worden. Da die Durchführung dieses Tarifvertrags und die geordnete Dienstleistung des Personals ohne Übereinstimmung zwischen dem Arbeitsnach der Arbeiter und dem der Beamten nicht möglich war, ordnete der Herr Reichsverkehrsminister im Januar an, daß mit sofortiger Wirkung auch die Beamten im Wochendurchschnitt 48 Stunden reine Arbeitszeit zu leisten haben. Der Gegenstand selbst war von den Organisationen der Eisenbahnbeamten- und Arbeiter mit der damaligen Zweigstelle Baden des Reichsverkehrsministeriums erörtert worden, so daß für die Eisenbahn-Generaldirektion umgekehrt der Entscheidung des Herrn Reichsverkehrsministeriums auf die eingehende Berichterstattung der Zweigstelle zu einer nachmaligen Verhandlung mit den Organisationen keine Möglichkeit gegeben war.

Die Neuregelung des Arbeitsmaßes und der Dienststunden bei der Eisenbahnverwaltung in Baden erfolgte im übrigen mit Wirkung vom 17. Januar ab in Anlehnung an die übereinstimmende Regelung der Landesbehörden und der übrigen Reichsbehörden in Baden, die die 48-stündige Arbeitswoche schon seit längerer Zeit anstandslos durchgeführt haben.

Auf Veranlassung der 3 hiesigen Großorganisationen (Deutscher Eisenbahner-Verband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter) fand nun zwecks Besprechung der Anordnung der Eisenbahn-Generaldirektion in dem für Kantinenzwecke bestimmten Kellerraum des Generaldirektionsgebäudes am 19. Januar vormittags 11 Uhr eine Versammlung statt, ohne daß vorher die Genehmigung der Eisenbahn-Generaldirektion zur Benützung des fraglichen Raumes und zur Abhaltung der Besprechung während der Arbeitszeit nachgesehen worden war. Zu der Versammlung hatten die genannten Organisationen noch die Mitglieder der Dienststellenausschüsse der Eisenbahn-Generaldirektion und der hiesigen Zentralanstalten sowie Vertreter der Betriebsräte und der Hauptbetriebsräte eingeladen. Der Kantinenraum selbst ist gegen den vorbestehenden Gang und den Kleiderraum zu vollständig offen; eine Kontrolle darüber, daß nur die eingeladenen Personen an der Besprechung teilnahmen, erfolgte nicht und es fanden sich im Laufe der Verhandlungen auch Personen ein, die sich zum Essen in die Kantine begaben.

Die Verhandlung nahm zunächst einen ruhigen, sachlichen Verlauf, bis Oberrevier Wees das Wort nahm und in aufreizender Weise gegen die Anordnungen der Eisenbahn-Generaldirektion über die Einführung der 48-Stundenwoche Stellung nahm; er führte u. a. aus, die Zeiten der Diktatur seien vorüber, da sie nicht im Einkommen mit den Organisationen erfolgt sei, die Beamten sollten sich daher an die Anordnung der Eisenbahn-Generaldirektion nicht halten, sondern von sich aus vom nächsten Tage an wieder die vor dem 17. Januar maßgebende durchgehende Arbeitszeit (46 1/2-Stundenwoche) einführen. Zu diesen Ausführungen erklärte der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, daß Wees nicht als Vertreter der Organisation (Deutscher Eisenbahner-Verband) spreche, sondern lediglich seine persönliche Ansicht zum Ausdruck bringe. Ein von Wees

im Sinne seiner Ausführungen gestellter Antrag wurde dann bei der Abstimmung von der Mehrheit der Anwesenden angenommen, ebenso ein weiterer Antrag des Wees, daß die gesamte Beamtenschaft sofort in der Mittagspause auf den Hof des Generaldirektionsgebäudes versammelt werden solle, damit sie über seinen Antrag ebenfalls abstimme.

Dem Einfluß der Organisationsleiter sowie des überwiegenden Teils der Vertreter der Dienststellenausschüsse war es zu danken, daß diese allgemeine Versammlung unterließ und die weitere Behandlung der Angelegenheit wieder in geordnete Bahnen gelenkt wurde.

Sobald der Präsident der Eisenbahn-Generaldirektion von den Vorgängen Kenntnis erhielt, ordnete er pflichtgemäß eine Untersuchung darüber an, die im wesentlichen das vorstehend dargelegte Ergebnis hatte.

Wenn in dem Artikel des „Volkstreuend“ darauf abgehoben wird, daß jedem Deutschen nach Art. 118 der Reichsverfassung das Recht der freien Meinungsäußerung zustehe und daß ihn an diesem Rechte kein Arbeits- und Anstellungsverhältnis hindere, so wird hierbei verschwiegen, daß Art. 118 auch bestimmt, daß dieses Recht nur „innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze“ ausgeübt werden darf. Für jeden Beamten sind diese Schranken insbesondere auch durch das Reichsbeamtengesetz gegeben. Wenn die Eisenbahn-Generaldirektion verlangt, daß die Beamten die Gesetze beachten, so bedeutet das keine unzulässige Einschränkung der freien Meinungsäußerung.

Die Behauptung, daß die Untersuchung erfolgt sei, um einen unbekanntem Anhänger der sozialdemokratischen Partei zu treffen, wird mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Weder die Mühsal auf die Person, noch auf die Organisations- oder Parteizugehörigkeit der Beamten hat bei der Behandlung der Frage durch die Eisenbahn-Generaldirektion eine Rolle gespielt. In diesem Sinne abgelehnt der Präsident der Eisenbahn-Generaldirektion der allein die volle Verantwortung für die von ihm getroffenen Maßnahmen trägt, und nicht, wie der „Volkstreuend“ andeutet, irgend ein „zweiter Beamter der Eisenbahn-Generaldirektion“, gerne den Vorwurf eines „unpolitischen Kaufes“. Daß die Maßnahme sich nicht gegen die sozialdemokratische Partei oder den Deutschen Eisenbahnerverband richten kann, ergibt sich übrigens schon aus der oben erwähnten Tatsache, daß der Leiter der genannten Organisation den Antrag Wees ausdrücklich ablehnte. Nicht „Reaktion“, wie der „Volkstreuend“ meint, leitet den Präsidenten bei seinen Anordnungen, sondern lediglich die Wahrung der Autorität und Dienstgüte. Wie sollte auch die Eisenbahn-Generaldirektion Disziplinwidrigkeiten anderer Beamten noch entgegennehmen können, wenn sie die Disziplinlosigkeit des Oberreviers Wees unbeachtet hingehen ließe. Bei der Wahrung der Disziplin wird sich die Eisenbahn-Generaldirektion auch von keinerlei Einschüchterungsversuchen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, beeinflussen lassen. Sie ist überzeugt, daß auch in weiten Kreisen der Sozialdemokratie volles Verständnis zu finden. Im übrigen wird bemerkt, daß der Sachverhalt dem Herrn Reichsverkehrsminister eingehend vorgetragen und dessen Entscheidung angerechnet worden ist.

Im Artikel des „Volkstreuend“ vom 2. Februar wird gegen die Beamten, die bei der von der Eisenbahn-Generaldirektion veranlaßten Untersuchung pflichtgemäß über die fraglichen Vorgänge Angaben gemacht haben, der Vorwurf des Denunziantentums erhoben und der Ausdruck „Denunziantentum“ gebraucht. Diese Behauptung der Beamten wird mit aller Schärfe zurückgewiesen; des vollen Schutzes der Eisenbahn-Generaldirektion dürfen die Beamten sicher sein.

eingehend mit dem „Holl Wees“; Genosse Wees hat Urlaub genommen, um in Berlin an Ort und Stelle seine Sache zu vertreten. Wir halten es daher nicht für zureichend, die oben erwähnten Stadium der Untersuchung eingehend in die obige Erklärung der Eisenbahn-Generaldirektion einzugehen.

Dem „Karlsruher Tagblatt“, das einen Kommentar zu der Erklärung der Generaldirektion in der Sonntagausgabe auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der „Ehrensache“ im Staatsdienst hinweist, wollen wir nur noch bemerken, daß der Gen. Wees stets für den Aufgabebereich des neuen Reiches und die geschäftliche Entwicklung eingetreten ist. Er hat auch in jener Versammlung, wie durch Zeugen etwanfrei festgestellt ist, ausdrücklich betont, daß eine ungeschickliche Aktion nicht unternommen werden dürfe.

Kleine Nachrichten

Die Vorbereitungen über die Erhöhung der Eisenbahnpreise im Reichenserverkehr sind nun auch abgeschlossen. Es wird reichend veranschlagt, daß die Erhöhungen sich wesentlich unter 100 Prozent halten werden. Auch die Ausgabe von Promissorenkarten soll neu geregelt werden, doch hofft man den Berufsverkehr nur gering belastet zu können.

Bandnummern in Oberhessen. Sechs schwer bewaffnete Banditen überfielen im Dorfe Laborage das Kaufhaus und plünderten es aus. Es fielen 18 500 M. Bargeld und für etwa 20 000 M. Waren in ihre Hände. Die zusammengebrachten Geld- und Warenmassen wogte nicht gegen die Banditen vorzugehen, weil man mit ihrer Beute entkam.

Weslau, 8. Febr. Die „Schlesische Zeitung“ nach einer Meldung aus Kattowitz berichtet, wurden Freitagabend 2 Beamte der politischen Abteilung der Kattowitzer Polizeidirektion der Polizeiartillerie und der Kriminalwachmannschaft Klein, auf Veranlassung der Intelligenz-Kommission unter der Aufsichtigung verhaftet, Spionage getrieben zu haben.

Neber: Rutenstrahlungsange in der Nordsee berichtet der „Welt-Lokalzeitung“. In Hamburg, Altona und Cuxhaven wurden an einem Tage 3 Millionen Runden Deringe eingeliefert. Auch in der Ostsee sind starke Deringeschwärme aufgetreten.

Steuerinteraktion. Wie das „Berl. Tagebl.“ aus Halle meldet, erlachte das Finanzamt in Sachweide gegen den Kaufmann Adolf Müller wegen wissenschaftlich unrichtiger Angabe seiner Steuererklärung auf eine Geldstrafe von 288 000 M., sowie auf Einziehung der veranschlagten Vermögenssteuern.

Anger Kinderleben. Nach einer Meldung aus Offenbach a. M. sind nach einem Bericht des Schularztes in den Offenbacher Volksschulen 42 Proz. der Kinder unterernährt, in den höheren Schulen 31 Proz. Direkt krank waren 39 Proz. der Volksschüler und 35 Proz. der höheren Schüler. Zusammenfassend wird bei 40 Proz. der Volksschüler der Gesundheitszustand als gefährdet erkannt.

Verchiebung von Gerechtigkeit nach Polen. Nach dem „Berl. Tagebl.“ ist die Kreuzbandgesellschaft einer großen Verchiebung von Gerechtigkeit nach Polen auf die Spur gekommen. Die Verwaltung des obigen Lagers der Reichswehrbandgesellschaft wurde mit Hilfe einer Reihe von Schiebern optische Instrumente für Artillerie- und Infanteriewege bedient hatten, so polnische Aufklärer zu verkaufen. Am Samstag wurden 3 große Kisten bei einem Spediteur beschlagnahmt, in denen 300 Stück Mikroskop, 200 Artillerieweise und 1200 Handfeuerwaffen sich befanden. Außerdem wurde weiteres Gerechtigkeit im Wert von 200 000 M., bei einem Fabrikbesitzer in Sieglitz vorgefunden. 183 Personen, die an dem Schmuggel nach Polen beteiligt waren, konnten verhaftet werden. Leider gelang es nicht, die polnischen Aufklärer festzustellen.

Soweit die Erklärung der Generaldirektion. Wie wir hören, beschäftigt sich bereits das Reichsverkehrsministerium in Berlin

Aus der Provinz

Karlsruhe 9. Februar.

Geschichtskalender

9. Febr. 1846 * Der Philosoph Theodor Hegler in Göttingen. — 1881 † Heinrich Lohjohann, russ. Schriftsteller, in Petersburg. — 1815 Friedensschluß zwischen den Mittelmächten und der Ukraine.

Karlsruher Parteinachrichten

Heute abend 1/8 Uhr Bezirksversammlungen in folgenden Stadtbezirken:

- Altstadt: „Schrummel“, Durlacherstraße.
Südstadt: „Georg Friedrich“, Georg Friedrichstraße.
Südweststadt: „Schützenstraße“.
Mittel- und Südweststadt: „Krone“, Amalienstraße.
Weststadt: „Württembergischer Hof“, Ecke Goethe- und Uhländerstraße.
Mühlburg und Grünwinkel: „Abteinal“, Rheinstr., Rüppurr: „Zähringer Löwen“.

Thema in allen Versammlungen: „Der rote Monat“. Genossen und Genossinnen, erscheint vollständig!

Weitere Bürgerauschussvorlagen

In den von uns schon veröffentlichten Vorlagen an den Bürgerauschuss hat der Stadtrat noch weitere an denselben ergehen lassen. Eine davon betrifft die Errichtung einer Benzolgewinnungsanlage im Gaswerk II. Begründet wird die Vorlage damit, daß aus einem Ausströmungs-Gas ohne daselbst in seiner Leuchtstärke zu schwächen, 12 Gramme Benzol gewonnen werden könne. Die jährliche Gasabgabe beträgt hier circa 12 000 000 Kubikmeter, jedoch mit einer Benzolabgabe von 40 000 Kilo gerechnet werden kann, die eine Einnahme von 700 000 M bringen soll, zu dem noch aus Nebenprodukten 136 000 Mark erzielt werden. Die Kosten für die Errichtung der Anlage sind auf 350 000 M veranschlagt, diejenigen der Betriebsführung auf insgesamt 490 000 M. Der jährliche Reingewinn auf 437 000 M.

Eine weitere Vorlage gilt ebenfalls den Einrichtungen des Gaswerks und zwar wird die Auffstellung eines Zentralfeldes für Hochdruckdampfzentrale zur Ausnutzung der Abgabe der Ctenanlage des Gaswerks II angefordert. Die Kosten in Höhe von 700 000 M sollen aus Anleihegeldmitteln bestritten werden. Durch den beabsichtigten Einbau des Zentralfeldes wird es möglich, nicht nur den für die Ctenzentrale erforderlichen, sondern auch einen großen Teil des für die übrigen Anlagen des Werkes benötigten Dampf zu gewinnen. Als zur Heizung zu erproben und somit die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu erhöhen. Die Erprobung an Koks durch die Auffstellung des Feldes ist so groß, daß die Menge genügt, um annähernd sämtliche hiesigen Schulen heizen zu können.

Vorlage 128 verlangt Beschaffung von 8751 Tonnen Mischkalkstein für die städtische Straßenbahn in Höhe von 300 000 M. Diefelben werden zur Ausweitung der Geleisen am Kaiser- und Kamenplatz, an der Ecke Wehnd- und Mollstraße, sowie am Wasserwerk in Durlach benötigt.

Die Ergänzung der Bestimmungen über die Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge der Beamten bildet eine weitere Vorlage. Zu diesem Zweck ergibt sich ein Mehrbedarf von 700 000 M, von denen noch rund 238 000 M unbedeutend sind.

Zwei weitere Vorlagen betreffen die Stromversorgung von Grünwinkel mit Gas und Wasser. Für den Bezirk Grünwinkel betragen die Kosten 200 000 M und für Nagau 430 000 M und sind aus Anleihegeldmitteln zu bestreiten.

Die Entlohnung der Hausangestellten

Am 25. Januar ds. Jrs. hat eine Besprechung seitens der Hausfrauen-Organisation von Karlsruhe mit den Organisationen der Hausangestellten stattgefunden. Es wurden die neuen Sätze als Richtlinien für die Entlohnung der Hausangestellten, Rubr., Wasch- und Monatsfrauen einstimmig angenommen, die vom 1. Januar gültig und von Frau Elise D. u. d. Paulistraße 16, zu bestehen sind. Es ist zu begrüßen, daß nunmehr auch die Entlohnung der Hausangestellten, Rubr., Wasch- und Monatsfrauen auf einen geordneten Boden gestellt ist. Die neuen Sätze bedeuten eine wesentliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Entlohnung. Sie bewegen sich bei den Dienstboten zwischen 60-70 M monatlich für Anfängerinnen und 150-200 M für Jungfrauen, Herrschaftsdienstleistungen, Haushälterinnen und Wirtschaftlerinnen; Monatsfrauen erhalten 250-5 M die Stunde, Sonntags 75 Prozent Zuschlag; Wasch- und Putzfrauen bei Halbtagbeschäftigung (4 Stunden) 10 M, bei ganztägig (8 Stunden) 18 M.

Diese Sätze stellen lediglich die Minimalabgabe dar und wird besonders seitens der beteiligten Organisationen (Arbeitnehmer wie Arbeitgeber) zum Ausdruck gebracht, daß Leistung und Tätigkeit durch höhere Löhne bewertet werden soll. Verbesserungen dürfen durch die Festlegung dieser Grundätze keineswegs stattfinden, das heißt, was bisher schon mehr bezahlt wurde, darf nicht nach diesen Sätzen entlohnt werden. Die Hausfrauen-Organisation richtet den Appell an alle diejenigen, die Hausangestellte, Rubr., Wasch- und Monatsfrauen beschäftigen, nach diesen Grundätzen zu entlohnen.

Das Betriebsrätegesetz

Man schreibt uns: In der Karlsruher Ortsgruppe der Gewerkschaft für soziale Reformen (später der Arbeiterpartei) am Montag, den 24. Januar 1921, Herr Oberrichter Dr. Ing. Wilmann über das Betriebsrätegesetz. Einleitend hob der Vortragende kurz die wichtigsten Gesichtspunkte des Gesetzes hervor, um dann auf Grund der im vergangenen Jahre von den Gewerkschaftsleitenden gemachten Erfahrungen ein Bild von der Wirkung des Gesetzes aufzurollen. Durch Betonung günstiger und ungünstiger Fälle durch Aufzählung besonderer Tätigkeitsgebiete der Räte wurde dargelegt, daß nach dem Stand der Zeit vorzubehaltenen Schulung der Räte noch viel gutes geschaffen, und daß manche Ersäuterungen, die für die Beteiligten und das Unternehmen schädliche Nachteile gebracht hätten, vermieden werden könnten. Ein Weiterbauen auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse ist möglich und von der Fortbildung der Räte und Arbeiter, sowie durch die notwendige Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann eine ruhige Weiterentwicklung erwartet werden. Daß die Leistungsfähigkeit des Betriebsrätes ein Muss für die Gesamtheit in hohem Maße von einem richtigen Ausbau des Betriebsrätegesetzes abhängt, ging aus dem Vortrag deutlich hervor. Der Vortragende wies schließlich auf die überall einsetzende Gründung von Betriebsräten hin. In der nachfolgenden sehr regen Erörterung traten auch Vorschläge zu dem Vorkommenden hervor, die eine wertvolle Ergänzung darboten. Es kam hier zum Ausdruck, daß große Chancen der Arbeiterpartei mit der jetzigen Verfassung des Betriebsrätegesetzes ungenutzbar sind; die einen, weil es als ein grundsätzlich ungeeignetes Mittel zur Erreichung des letzten Ziel der Sozialisierung erscheint, die andern, weil die Widerstände seitens der Unternehmer die zugehörigen möglichen günstigen Auswirkungen verhindern.

Wichtiges Jubiläum der Firma Pfannhuf, G. m. b. H. Die Firma Pfannhuf, G. m. b. H., die am 8. Februar 1896 in dem Ortsteil Pfannhuf bei Pforzheim gegründet wurde, ist in den 25 Jahren eine Firma erwachsen, die jetzt ihren Hauptsitz in Karlsruhe, eine ebenso große Zweigniederlassung in Pforzheim hat, mit zwei ihr zu Eigentum gehörenden Zentralmagazinen mit direkten Gleisanschlüssen auf einem Terrain von über 26 000 Quadratmeter. Sie umfaßt zurzeit 90 Hektaren und Spezialgeschäfte, sie hat eine Tochtergesellschaft in Baden-Baden, sie besitzt ein Hotel in Wildbad nebst Kasse und Konditorei. Sie hat zwei große Geflügelzuchtvereine. Ein Hauptpart von fünf schweren Kaspas besitzet in der Hauptstadt die Warenvermittlung. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, daß sie mit ihrem Umfang in ganz erheblichem Maße an der Lebensmittelerzeugung weiter Kreise teilnimmt; mit ihren 28 Verkaufsstellen in Karlsruhe, 26 Verkaufsstellen in Pforzheim, spielt sie in diesen beiden Orten eine entsprechende Rolle. Außerdem trägt sie mit ihren 27 Landstellen zur Veredlung des Gebiets zwischen Bruchsal — Wildbad — Baden-Baden erheblich bei. Mit Stolz darf das Unternehmen auf diese Entwicklung zurückblicken. Diese großen Erfolge sind zu verdanken dem hervorragenden Zusammenarbeiten der Geschäftsleitung mit dem gesamten Personal bei treuer Mitarbeit in besterem Durchhalten in schwerer Zeit.

Schuljahrabschluss und Philologenverein. Der Gesamtvorstand des Badischen Philologenvereins besprach in seiner letzten Sitzung nochmals den Oberbeginn der höheren Lehranstalten und erklärte dazu, daß er auf dem Standpunkt beharre, der Oberbeginn sei verfehlt. — Eine Elternversammlung der Oberrealschule Karlsruhe nahm einstimmig eine Entschließung an, in der zum Ausdruck kommt, daß an dem Herbergschlag für die Schulen festzuhalten ist.

Umsatzsteuer für Zimmervermieter. Es ist wenig bekannt, daß die durch Vermietung möblierter Zimmer erzielten Einnahmen der Umsatzsteuer unterliegen. Diese bereits im Jahre 1919 geschaffene Bestimmung war bisher fast überall unbeachtet geblieben, zumal da früher die inwärtigen aufsuchenden Bestimmungen bestanden, daß die Umsatzsteuer nur von denjenigen erhoben wurde, die im Kalenderjahr mindestens 3000 M umsatzsteuerpflichtige Einnahmen gehabt haben. Seit dem 1. Januar 1920 besteht jedoch die Steuerpflicht, auch wenn die Vermieter keine anderen der Umsatzsteuer unterliegenden Einnahmen haben. Bei der neuen Steuerpflicht kommen meist nur geringe Beträge in Frage, da es sich im allgemeinen um 1 1/2 Prozent der am Jahresende erzielten Bruttoeinnahmen handelt.

Der Zentralverband der Invaliden, Ortsgruppe Karlsruhe hielt am letzten Freitag im „Kronensaal“ eine Besprechung ab, in welcher Arbeitersekretär Wenz, Erb über die Notlage der Invaliden und ihre Versorgung referierte. Die Darlegungen des Redners, die von großer Sachkenntnis zeugten, abgesehen von der großen Besorgnis, die die Darlegungen nach einem vorzüglichen Verlauf, trotzdem einige Bemerkungen für die kommunistische Partei Kapital zu schlagen versuchten, während der Referent für eine politische neutrale Invalidenorganisation eintrat, nachfolgende Entschlüsse wurden als Ergebnis der Besprechung angenommen: Die heutige von Arbeitsinvaliden, Kriegsbeschädigten und Arbeitern gebildete Besondere öffentliche Besammlung erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen das von der Reichsregierung an der Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen begangenen Unrecht der Vorenthaltung der Mittel der sozialen Aufzucht. Die heutige Besammlung steht auf dem Standpunkt, daß die eingegangenen Beträge der sozialen Aufzucht ohne irgend welche Verhinderung den Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen gehören. Die Lage der Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen ist nach wie vor eine derartig trostlose und verzweifelte, daß der Mut zu bewundern ist, daß dazu gehört, um den Arbeitsinvaliden dieses zugehörige Recht zu nehmen. Die Vermählten geloben, nicht ruhen und rufen zu wollen, bis die Lage der Arbeitsinvaliden den Umständen entsprechend gestaltet und diesem fürchterlichen Martyrium ein Ende bereitet ist. Die Besammlung fordert ferner den baldigen Umbau der Reichsversicherungsordnung, die Umgestaltung der Armenpflege in eine „Soziale Fürsorge“ und die völlige wirtschaftliche Sicherstellung aller Arbeits- und Invaliden und deren Hinterbliebenen.

Arbeiter-Gesangverein (Maschinenbauer) Karlsruhe. Einen gut besuchten Sonntagabend verlebte der Arbeiter-Gesangverein am letzten Samstag abend im Gasthaus zu den „Drei Lindn“ in Mühlburg. Mit und Jung brachten in humorvoller Stimmung den Abend zu. „Das fidele Gefängnis“, „Die Pfaffenstüchle“, „Bude“, sowie die dazugehörigen Schlußstücke lösten allgemeine Heiterkeit aus. Der Besuch von Gönnern und Freunden des Vereins war ein sehr zahlreicher, so daß die neuangelegte Vorstandsstelle mit ihrem 1. Auftakt im Jahresprogramm einen guten Erfolg buchen kann.

Die Mieter- und Untermieter-Vereinigung Karlsruhe hält morgen Donnerstag, 10. Febr., abends 7 Uhr, im Saal 3 Brauerlei Schrempf, Weibstraße eine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Neue Mietverhältnisse — Vereinsmittlungen.

rube, eine ebenso große Zweigniederlassung in Pforzheim hat, mit zwei ihr zu Eigentum gehörenden Zentralmagazinen mit direkten Gleisanschlüssen auf einem Terrain von über 26 000 Quadratmeter. Sie umfaßt zurzeit 90 Hektaren und Spezialgeschäfte, sie hat eine Tochtergesellschaft in Baden-Baden, sie besitzt ein Hotel in Wildbad nebst Kasse und Konditorei. Sie hat zwei große Geflügelzuchtvereine. Ein Hauptpart von fünf schweren Kaspas besitzet in der Hauptstadt die Warenvermittlung. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, daß sie mit ihrem Umfang in ganz erheblichem Maße an der Lebensmittelerzeugung weiter Kreise teilnimmt; mit ihren 28 Verkaufsstellen in Karlsruhe, 26 Verkaufsstellen in Pforzheim, spielt sie in diesen beiden Orten eine entsprechende Rolle. Außerdem trägt sie mit ihren 27 Landstellen zur Veredlung des Gebiets zwischen Bruchsal — Wildbad — Baden-Baden erheblich bei. Mit Stolz darf das Unternehmen auf diese Entwicklung zurückblicken. Diese großen Erfolge sind zu verdanken dem hervorragenden Zusammenarbeiten der Geschäftsleitung mit dem gesamten Personal bei treuer Mitarbeit in besterem Durchhalten in schwerer Zeit.

Schuljahrabschluss und Philologenverein. Der Gesamtvorstand des Badischen Philologenvereins besprach in seiner letzten Sitzung nochmals den Oberbeginn der höheren Lehranstalten und erklärte dazu, daß er auf dem Standpunkt beharre, der Oberbeginn sei verfehlt. — Eine Elternversammlung der Oberrealschule Karlsruhe nahm einstimmig eine Entschließung an, in der zum Ausdruck kommt, daß an dem Herbergschlag für die Schulen festzuhalten ist.

Umsatzsteuer für Zimmervermieter. Es ist wenig bekannt, daß die durch Vermietung möblierter Zimmer erzielten Einnahmen der Umsatzsteuer unterliegen. Diese bereits im Jahre 1919 geschaffene Bestimmung war bisher fast überall unbeachtet geblieben, zumal da früher die inwärtigen aufsuchenden Bestimmungen bestanden, daß die Umsatzsteuer nur von denjenigen erhoben wurde, die im Kalenderjahr mindestens 3000 M umsatzsteuerpflichtige Einnahmen gehabt haben. Seit dem 1. Januar 1920 besteht jedoch die Steuerpflicht, auch wenn die Vermieter keine anderen der Umsatzsteuer unterliegenden Einnahmen haben. Bei der neuen Steuerpflicht kommen meist nur geringe Beträge in Frage, da es sich im allgemeinen um 1 1/2 Prozent der am Jahresende erzielten Bruttoeinnahmen handelt.

Der Zentralverband der Invaliden, Ortsgruppe Karlsruhe hielt am letzten Freitag im „Kronensaal“ eine Besprechung ab, in welcher Arbeitersekretär Wenz, Erb über die Notlage der Invaliden und ihre Versorgung referierte. Die Darlegungen des Redners, die von großer Sachkenntnis zeugten, abgesehen von der großen Besorgnis, die die Darlegungen nach einem vorzüglichen Verlauf, trotzdem einige Bemerkungen für die kommunistische Partei Kapital zu schlagen versuchten, während der Referent für eine politische neutrale Invalidenorganisation eintrat, nachfolgende Entschlüsse wurden als Ergebnis der Besprechung angenommen: Die heutige von Arbeitsinvaliden, Kriegsbeschädigten und Arbeitern gebildete Besondere öffentliche Besammlung erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen das von der Reichsregierung an der Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen begangenen Unrecht der Vorenthaltung der Mittel der sozialen Aufzucht. Die heutige Besammlung steht auf dem Standpunkt, daß die eingegangenen Beträge der sozialen Aufzucht ohne irgend welche Verhinderung den Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen gehören. Die Lage der Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen ist nach wie vor eine derartig trostlose und verzweifelte, daß der Mut zu bewundern ist, daß dazu gehört, um den Arbeitsinvaliden dieses zugehörige Recht zu nehmen. Die Vermählten geloben, nicht ruhen und rufen zu wollen, bis die Lage der Arbeitsinvaliden den Umständen entsprechend gestaltet und diesem fürchterlichen Martyrium ein Ende bereitet ist. Die Besammlung fordert ferner den baldigen Umbau der Reichsversicherungsordnung, die Umgestaltung der Armenpflege in eine „Soziale Fürsorge“ und die völlige wirtschaftliche Sicherstellung aller Arbeits- und Invaliden und deren Hinterbliebenen.

Arbeiter-Gesangverein (Maschinenbauer) Karlsruhe. Einen gut besuchten Sonntagabend verlebte der Arbeiter-Gesangverein am letzten Samstag abend im Gasthaus zu den „Drei Lindn“ in Mühlburg. Mit und Jung brachten in humorvoller Stimmung den Abend zu. „Das fidele Gefängnis“, „Die Pfaffenstüchle“, „Bude“, sowie die dazugehörigen Schlußstücke lösten allgemeine Heiterkeit aus. Der Besuch von Gönnern und Freunden des Vereins war ein sehr zahlreicher, so daß die neuangelegte Vorstandsstelle mit ihrem 1. Auftakt im Jahresprogramm einen guten Erfolg buchen kann.

Die Mieter- und Untermieter-Vereinigung Karlsruhe hält morgen Donnerstag, 10. Febr., abends 7 Uhr, im Saal 3 Brauerlei Schrempf, Weibstraße eine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Neue Mietverhältnisse — Vereinsmittlungen.

Aus dem Lande

Pforzheim, 8. Febr. Bei einer karnevalistischen Veranstaltung gingen einige Teilnehmer gegen Schupfleite tätlich vor, als diese Pforzheim boten. 6 der Täter sind festgenommen worden.

Mannheim, 8. Febr. Vor wenigen Tagen wurde in den Abendstunden ein 17jähriger Ausläufer von einem 30 bis 40-jährigen unbekanntem Mann auf der Straße angegriffen und gebeten, ihm den Weg nach dem Postamt zu zeigen. Unterwegs zog der Unbekannte eine Pistole und schickte den Fremden, sein mit einer bedauerlichen Fälschung getränktes Taschentuch aus der Tasche, so daß der Ausläufer die Besinnung verlor. Als er wieder erwachte, befand er sich in der Nähe von Pforzheim auf einem französischen Militärbus, wurde aber, angeblich weil untauglich, noch in der gleichen Nacht entlassen.

Karlsruhe, 8. Febr. Unter dem Verbot des Reichsgerichts wurde die Besetzung des Reichsgerichts durch den Reichspräsidenten, fälschlich „Freiburger Tagespost“ Frau Reichsminister Schneider in Untersuchungshaft genommen.

Karlsruhe, 8. Febr. Zu der neuen Karlsruher Zeitung ist die Besetzung des Reichsgerichts durch den Reichspräsidenten, fälschlich „Freiburger Tagespost“ Frau Reichsminister Schneider in Untersuchungshaft genommen.

Jugend und Sport

Der Vorstand des Zweigvereins Baden für Deutsche Jugendherbergen hielt letzter Tage in Pforzheim eine Besprechung ab, die eine Reihe wertvoller Anregungen brachte. Auf der Tagesung kam hier zum Ausdruck, daß bei einem vollkommenen Zusammenarbeiten der jüngeren Generation mit den Erwachsenden, die schon in Amt und Würden sind, einmal das Gesamtgebiet ganz erheblich gefördert wird. Der Zweigverein Baden für Deutsche Jugendherbergen wird auch fernerhin auf sozialer Grundlage diesen Weg der Zusammenarbeit von Jugendbewegung und Stammorganisation bewußt einschlagen. Weitere Mittlungen über die Arbeit des Zweigvereins Baden für Deutsche Jugendherbergen gibt die Geschäftsstelle in Freiburg (Weißstraße 20).

Wasserstand des Rheins

Schutrinnsel 28, gef. 8 Stm. Rehl 147, gef. 8 Stm. Nagau 317 Stm. Mannheim 207, gef. 8 Stm.

Letzte Nachrichten

Hermes für die Befestigung der Zwangswirtschaft

II. Bremen, 8. Febr. In einer von Vertretern des Bremer Handels gehaltenen Rede veranschaulichte Reichsfinanzminister Dr. Hermes, daß mit dem Abbau der Zwangswirtschaft fortzufahren werde, und er ein Gegner der Gebilde sei, die in ihrer Struktur an die Zwangswirtschaft erinnern. Die Förderung des Handels bezeichnete er als vaterländische Aufgabe, die mit allen Mitteln durchgeführt werden müßte. Mit der Förderung des Handels sei der Schutz des Verbrauchers zu verbinden. In der Betriebswirtschaft müssen wir zu einem System kommen, welches der Landwirtschaft mehr Rechnung trage; deshalb müßte das Wirtschaftsleben entpolitisiert werden. Wegen ein Gesetzemonopol habe er das größte Bedenken und werde diesen Gedanken auch mit allem Nachdruck vertreten.

Schare englische Kritik an Lloyd Georges Rede

III. London, 8. Febr. Zu der Rede Lloyd Georges in Birmingham schreibt der „Stat“, Lloyd Georges Politik in der Reparationsfrage sei das aus Kosten und Zeit zusammengesetzte Schloß eines Luftschiffes, der die Unordnung und Verwirrung, die dahinter stehe, verhalten wolle. Deutschland — darüber seien sich alle einig — müsse für die Verheerungen und Ruinen, die es geschaffen habe, Reparation bezahlen. Man habe ihm jedoch bereits seine Reparationen genannt. Teile seines europäischen Besitzes, seine Schiffe, sein Hauptwohngebiet und eine beträchtliche Summe in Gold. Deutschland müsse den übrigen Teil der Reparation in Waren bezahlen. Sofort erhebe sich aber in allen Ländern der Allierten scharfer Widerstand dagegen. „Westminster Gazette“ schreibt, die Politiker verurteilen, zwei miteinander unvereinbare Forderungen, die Förderung einer Wirtschaftsentwicklung und die Forderung, daß die eigene Industrie durch billige deutsche Waren nicht in Mitleidenschaft gezogen werden solle, zugleich zu befriedigen. Der „Manchester Guardian“ führt aus, das Geheimnis der Entschädigung sei durch Lloyd Georges Rede noch in tieferes Dunkel gehüllt worden. Das Blatt fragt, ob Lloyd George auf die Unwissenheit seiner Zuhörer spekuliert habe, oder ob er den Franzosen ein Kompliment machen wollte, die, nach ihrer Presse zu schließen, von der Rede enttäuscht zu sein scheinen.

Differenzen zwischen Japan und China

III. Peking, 8. Febr. Der blutige Zusammenstoß zwischen Chinesen und Japanern in der chinesischen Provinz Szechuan veranlaßte die Einberufung einer Volksversammlung, an der 20 000 Personen teilnahmen. Sie forderten, daß Japan binnen einer Woche seine Truppen aus Szechuan zurückziehe und daß die chinesische Regierung sich weigern soll, Gehaltsträge mit Japan abzuschließen und die ausländischen Schulden zu bezahlen.

Verhaftungen in Spanien

III. Madrid, 8. Febr. Aus Huelva wird gemeldet, daß die Regierung den Präsidenten und mehrere Mitglieder des Syndikats der Bergarbeiter von Rio Tinto verhaften ließ. Man nimmt an, daß sie deportiert werden.

Neue Kämpfe in Kleinasien

III. Rom, 8. Febr. Nach Meldungen aus Smyrna wird von griechischer Seite in Kleinasien eine neue Offensive mit über 70 000 Mann organisiert. Die Türken machen große Anstrengungen, um der griechischen Armeewiderstand leisten zu können. Nach Informationen aus dem fernöstlichen Lager beabsichtigt die Türkei, wenn die griechischen Truppen bei der bevorstehenden Offensive Erfolge erringen sollten, sich ins Innere zurückzuziehen, um weiteren Widerstand vorzubereiten.

Valuta-Bericht vom 8. Februar

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 905 Cts. Auszahlung Holland notierte 21.20 M per Holl. Gulden; Schweiz notierte 10.60 M per idem. Fr.; England notierte 20.25 M per idem. Ster.; Frankreich notierte 4.37 M per frz. Fr.; Neuhport notierte 61.50 M per Dollar.

Weiterungsdienst der Badischen Landesweiterwartung vom 8. Februar 1921

Unter dem Einfluß des im Süden lagernden klaren Tiefdruckgebietes herrichte während des geirigen Tages noch neblig und trübes Wetter, mit stellenweise Nebeneinbrüchen. Die von Osten vordringende Aufhellung hat sich geteilt bis Mitteldeutschland hin fortgesetzt. Unter dem Einfluß des hohen Tiefs wird sie sich auch bis über unser Gebiet erstrecken. Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nacht: Nebig, teilweise heiter, leichter Frost.

Schulprogramm: Georg Schöps. Grammatik: für Anfänger. Deutsche Literatur und Logie. Nachrichten: Hermann Kadel; für Badische Politik. Aus dem Lande, Gemeindepolitik. Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Heilbrunn. Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik. Soziale Rundschau, Gemeindepolitik, Bewegung, Jugend und Sport. Briefkasten: Josef Pfeifer; für den Anzeigenteil: Hans Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden, 3. Bezirk. Am nächsten baldige Abholung der zwei vom Bund geliehenen Grablieder bei Carl-Sängerführer Billhardt, Kaiserstr. 21 III, wird gebeten. 2014

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Karl Kirchenbauer von Eßlingen, Buchbinder hier, mit Elise Bissel von hier. Richard Eick, von Hohenheim, Buchbinder hier, mit Auguste Schütz Witwe von hier. Joh. Bude von Widen, Hilfsarb. hier, mit Anna Walter Witwe von hier. Julius Kauschke von Pflanzburg, Händler hier, mit Maria Baumgart von Friedrichswerth. Karl Schäfer von hier, Hilfsarb. hier, mit Rosa Strohmayer von hier. Friedrich Göttinger von Kronstätt, Dreher hier, mit Amalie Sch. von hier. Wilhelm Steinweg von Unterzwingen, Schneider hier, mit Emma Kirsch von Dirmenz.

Todesfälle. Helene Brandner, alt 66 Jahre, Ehefrau von Rud. Brandner, Oberpostamt. Anton Hausmeyer, Chem., Gärtnereibesitzer, alt 73 J. Anna Weineich, ledig, Wäberin, alt 21 J. Jakob Kändler, Chem., Masch.-Arb., alt 61 Jahre. Adolfin Noe, alt 44 Jahre, Ehefrau von Jrs. Noe, Jugenleiter. Auguste Immendorfer, alt 81 Jahre, Witwe von Friedrich Immendorfer, Hofmeister, Röhndorf. Wolf, alt 4 Tage, Vater Eduard Wolf, Schreiner. Franz Kühn, Telegraphen-Beit. Rühl, alt 62 Jahre, Gest. alt 1 Monat 29 Tage, Vater Emil Keller, Schutzmann.

